

VORBRAN

MARXISTISCHE ZEITUNG FÜR SPD, JUSO UND GEWERKSCHAFT

Nr. 55 Februar / März 82 Preis: 80 Pfg. Solidaritätspreis: 1,20 DM

NEIN ZU BETRIEBSSCHLIESSUNGEN UND MASSENENTLASSUNGEN

ARBEIT FÜR ALLE!

Für Verstaatlichung und demokratische Arbeiterkontrolle

Wenig Grund zu Freude, Zuvorsicht und Optimismus verspürten diesmal viele Arbeiter, Angestellte und Jugendliche nach dem Rutsch ins neue Jahr. Angst um den Arbeitsplatz, Angst um die Zukunft herrschen vor. Nicht nur Arbeitslose oder die von Kündigung bedrohten Kollegen – auch viele andere wissen nicht mehr, ob und wie sie den mühsam erarbeiteten und erkämpften Lebensstandard in den nächsten Monaten und Jahren halten können.

1981 war ein "Rekord-Jahr": über 11.500 Firmenpleiten haben insgesamt 300.000 Arbeitsplätze vernichtet.

In vielen Großkonzernen stehen Massenentlassungen an. So bei dem zum Thyssen-Konzern gehörenden "Schalker Ve-rein" in Gelsenkirchen (1.100 bedrohte Arbeitsplätze) und bei der zum Klöckner-Konzern gehörenden "Maxhütte" in Sulzbach-Rosenberg/Bayern, wo 4.200 ihre Arbeitsplätze verlieren sollen.

Bei Enka in Kassel und den Vereinigten Deutschen Metallwerken (VDM) in Frankfurt haben sich die Belegschaften auf viel-

fältige Art zur Wehr gesetzt – bis hin zu Hungerstreik und Besetzung.

Und selbst das bisher noch mit einer Arbeitslosenrate von unter 5 Prozent "glimpflich" davongekommene "Musterländle" Baden-Württemberg bleibt nun nicht mehr verschont, wie die Beispiele DUAL, Kreidler und Videocolor zeigen.

Oft genug haben sich in der Vergangenheit betroffene Belegschaften an der Nase herumführen lassen. Sie haben den Vertröstungen der Geschäftsleitung geglaubt und stillschweigend gehofft, daß es doch nicht so schlimm wird. Kollegen haben sich gegeneinander ausspielen lassen, jeder hat sich bemüht, ja nicht aufzufallen.

Es ist kein Zufall, daß der Krankenstand 1981 mit 5,2% deutlich niedriger gewesen ist als in jedem Jahr seit 1970 und daß die Zahl der wegen Krankheit ausgefallenen Arbeitstage gegenüber 1980 um 8,8% gesunken ist. Dies hat sicherlich nichts damit zu tun, daß etwa plötzlich die Arbeit gesünder oder Streß-



Hetze und Akkorddruck geringer geworden wären. Diese nüchternen Zahlen widerspiegeln die Angst vor der Kündigung.

Auch viele Betriebsräte stehen dem angedrohten Arbeitsplatzabbau hilflos gegenüber. Sie sehen dann keine andere Möglichkeit, als die "kleineren Übel" zu wäh-

len: ausscheidende Kollegen werden nicht durch neue ersetzt, freiwillig Ausscheidende erhalten ein paar Tausender als "Austrittsprämie", oder man sucht sich halt diejenigen Kollegen aus, die die Entlassung noch am ehesten verkraften können (Jüngere, Ledige, Umzugswillige).

Doch auch solche "Lösungen" bedeuten Arbeitsplatzverlust und verbauen der Jugend ihre Zukunft.

Oftmals kommt die Schließung eines Großbetriebes für die betroffene Stadt oder Region einer Katastrophe gleich. Das Ruhrgebiet oder Nordbayern etwa drohen zu Armenhäusern mit 15 bis 20 Prozent Arbeitslosen zu werden.

Die Gewerkschaften brauchen ein kämpferisches Programm gegen Entlassungen und Arbeitslosigkeit, an dem sich alle betroffenen Belegschaften, Betriebsräte und Vertrauensleute orientieren können. Und die Belegschaften, die sich wehren wollen, müssen aber auch absolut sicher wissen, daß die ganze Gewerkschaftsbewegung voll hinter ihnen steht. Anstatt sich von vornherein geschlagen zu geben und nur noch um einen "Sozialplan" zu feilschen, sollte unser erstes Ziel sein:

*** Keine Entlassungen! Verteidigung aller Arbeitsplätze!**

FORTSETZUNG SEITE 3

WAS FÜR EINE CHANCE HÄTTE EINE NEUE USPD?

Der Ausschluß Karl-Heinz Hansens aus der SPD, der Austritt Manfred Coppiks aus der SPD und Coppiks Absicht, eine "Partei links von der SPD" zu gründen, werfen viele Fragen auf.

In seinem Austrittsschreiben an Willy Brandt – wie auch schon vorher in seinem "Brief an 1000 Freunde" – bringt Coppik viele berechtigte Kritikpunkte vor. Die Aufrüstungspolitik, die "Operation '82" (d.h. die Haushaltskürzungen), fragwürdige Großprojekte wie die Startbahn West – das alles könne er nicht mehr mitverantworten, er wolle kein linkes Alibi mehr sein.

Besonders ungehalten springt er mit seinen "linken" Fraktionskollegen um:

"Im Bundestag haben ganze sechs SPD-Abgeordnete gegen den NATO-Aufrüstungsbeschluß gestimmt. Die ganze Riege ehemaliger Juso-Vorsitzender, die den Marsch durch die Institutionen zur Veränderung gesell-

schaftlicher Verhältnisse angetreten ist, stimmte dafür, von Karlsten Voigt über Wolfgang Roth bis Gerhard Schröder. Für sie bin ich längst nicht mehr konsensfähig, weil störend auf dem Weg von links unten nach rechts oben," schreibt Coppik.

FORTSETZUNG AUF SEITE 2

ARTIKEL ÜBER

Wirtschaftskrise...S.3
WAA in Hessen?...S.3
Welt im Umbruch S.4,5
Polen.....S.6
Ausländer.....S.7
Beamte.....S.8



HEUTE VIDEOCOLOR- WER MORGEN ?

Für den Erhalt ihrer Arbeitsplätze haben die Kollegen des Ulmer Farb- bild-Röhrenwerkes Videocolor vom 11. bis zum 28. Januar gestreikt. Dabei ging es um den Plan des französischen Elektrokonzerns Thomson-Brandt, sein Zweigwerk in Ulm dichtzumachen. Videocolor ist ein hochmoderner Betrieb mit fast 1.700 Arbeitern und Angestellten; noch vor kurzem sind für 40 Mio. DM modernste Maschinen angeschafft worden, und die neuen Industrieroboter sind noch nicht einmal in Betrieb. Thomson-Brandt leistet damit seinen Beitrag zum Abbau der bestehenden Überkapazitäten in Europa. Insgesamt ist vorgesehen, die Herstellung von Farbbildröhren in Europa von bisher 11 Werken auf 3 zu konzentrieren, Thomson-Brandt will dabei von drei Werken zwei schließen.

Der Streik in Ulm war ein Vorbild dafür, wie eine von Entlassung bedrohte Belegschaft zusammenstehen kann. Deutsche und ausländische Arbeiter hielten fest zusammen, die Belegschaften anderer Betriebe wie auch die Ulmer Bevölkerung unterstützten den Kampf moralisch und materiell. 350.000 DM wurden als Solidaritätsspenden hauptsächlich aus der Umgebung und Baden-Württemberg gesammelt, noch ehe eine bundesweite Solidarität richtig anlaufen konnte. Auch die Belegschaften der zu Thomson-Brandt gehörenden Farbbildröhren-Weke in Agnani/Italien und Lyon/Frankreich haben sich solidarisiert; die italienischen Kollegen verweigerten die Überstunden, die französische Gewerkschaft CFDT protestierte beim Konzern in Paris. Während des Streiks lag die

Kontrolle über den Betrieb praktisch in den Händen der Belegschaft. Sie hatten auch Wachmannschaften gebildet, um eine Demontage der Anlagen zu verhindern. In anderen Ulmer Betrieben hielten sich Arbeiter in Alarmbereitschaft, um bei einer eventuellen Räumung durch die Polizei die Videocolor-Kollegen zu unterstützen.

Die Belegschaft wußte, daß die große Mehrheit von ihnen im Ulmer Raum kaum Chancen hat, eine neue Arbeitsstelle zu finden. Ein älterer Kollege berichtet, er habe sich bereits in 14 Firmen, bis hin nach Göppingen und Esslingen umgesehen, "aber keiner will einstellen!"

FORTSETZUNG AUF DER RÜCKSEITE.

VORAN

VORAN zur sozialistischen Demokratie!

Überregionale marxistische Zeitung
für SPD, Jusos, Falken und Gewerkschaften,
Erscheint seit Dezember 1973.

Abonnementspreis: 7,-DM für sechs Ausgaben
Redaktionsanschrift: VORAN, Hammesberger Str. 75, 5630 Remscheid
Telefon: 0 21 91 / 8 12 64

Bankverbindung: PschA Essen, H.G. Öfinger, Konto Nr. 170 20 - 433
Verantwortlicher Redakteur: Hans-Gerd Öfinger
Druck: Gegendruck, Reuenberg 82, 4300 Essen

ih- da oben ...
... wir da unten

DEMOKRATIE MUSS DRAUSSEN BLEIBEN

Ein junger Koch arbeitete als Zeitsoldat in einer Offizierskantine. Ein wahrscheinlich angetrunkenen Offizier macht Rabbatz bei ihm während der Arbeitszeit. Der Beschwerde des Kochs gegen den Offizier wird Recht gegeben.

Kurz bevor er nun aus seinem Urlaub zurückfahren muß, rufen ihn Kameraden zu Hause an. Wenn er zurück ist, warnen sie ihn, würde er auf ein Schiff versetzt, welches sofort für acht Wochen ausläuft. Zufällig ist einer seiner Vorgesetzten auf diesem Schiff — der Offizier, gegen den er Beschwerde eingelegt hatte. Zusätzlich hätte die Seereise aufgrund einer Verletzung für ihn schlimme gesundheitliche Folgen haben können. Ohne die Warnung seiner Kameraden hätte er das nötige ärztliche Attest nicht mehr rechtzeitig herbeischaffen können und ohne Attest ist man gesund für die Bundeswehr.

Aber die hat ihre "Strafregister" noch lange nicht erschöpft. Der Koch wird versetzt. Der neue Standort ist bekannt als Strafversetzungsort. Er ist der abgelegenste der ganzen Waffengattung. Will er am Abend vor Dienstantritt anreisen, muß er das letzte Stück mit dem Taxi fahren — für 32 DM, und das meist mehr als zweimal im Monat.

Aus den bekannten Gründen der jahrhundertelangen demokratischen Traditionen und der besten Erfahrungen gerade aus jüngster Zeit mit unserer Bundeswehr, haben wir Namen, Beruf, Ortsangaben und ähnliches zur Person weggelassen bzw. geändert. Ähnlichkeiten mit bestehenden Verhältnissen sind — leider — unvermeidbar. Wir bitten um Verständnis.

GELD FÜR FDP UND CDU/CSU

Jedes Jahr werden im "Bundesanzeiger" die Berichte über die Finanzierung der Parteien veröffentlicht. Jedesmal stellt sich wieder heraus, daß FDP und CDU/CSU aus dem gleichen Trog fressen. Es sind immer wieder dieselben Sammeltöpfe, aus denen das Großkapital seinen Parteien üppige Spenden zukommen läßt.

1980 erhielt die CDU von der "Gesellschaft zur Förderung der Wirtschaft Baden-Württembergs" 653.000,- DM, die FDP immerhin 486.000,- DM. Ähnlich verhielt es sich auch mit der "Staatsbürgerlichen Vereinigung Bremen" und der "Staatsbürgerlichen Vereinigung Schleswig-Holstein" Die "Bayerische Staatsbürgerliche Vereinigung" hat ebenfalls 1980 2,6 Millionen DM an die CSU überwiesen, für die FDP hatte sie noch eine halbe Millionen Mark übrig.

GUTER STUNDENLOHN

Wenn die Manager und leitenden Angestellten der Großindustrie zur Mäßigung in der Lohnrunde aufrufen, darf uns das nicht wundern. Bei ihren Gehältern können sie durchaus auch mal eine Erhöhung unterhalb der Inflationsrate verkraften. Sie verdienen in der Stunde so viel, wie die meisten von uns nicht einmal im Monat.

Hier Beispiele von 1980 für das Durchschnittseinkommen eines Vorstandsmitgliedes bei deutschen Großkonzernen:

VW	882.222 DM
Thyssen	878.045 DM
Daimler-Benz	812.623 DM
Fried. Krupp GmbH	803.379 DM
Bayer	672.014 DM
Mannesmann	668.083 DM
Schering	611.333 DM
Pégulan	602.027 DM
Siemens	600.162 DM
Vebe	592.021 DM

Fortsetzung von Seite 1

CHANCEN FÜR EINE NEUE USPD?

Und in der Tat: bei dem erbärmlichen Bild, das die sogenannten SPD-Fraktionslinken (man munkelt, es seien 60 bis 70!) abgeben, glänzen die ehemaligen Juso-Vorsitzenden durch besonders ausgeprägte Anpassungsfähigkeit. Unter ihnen wurde noch nie ein "Abweichter" geortet.

Es ist schon bezeichnend für den Zustand der Jusos, wenn aus ihrer "Schule" noch kein einziger Abgeordneter mit Rückgrat hervorgegangen ist.

Hier fühlen sich die Juso-Funktionäre offenbar auch an einer besonders empfindlichen Stelle getroffen. In einer Antwort auf den Brief Coppiks geht z.B. der Vorstand des Juso-Bezirks Niederrhein auf die Kritik Coppiks an den "Linken" wie folgt ein:

"Es kann keine mehrheitlich linke SPD, erst recht keine mehrheitlich linke SPD-Bundestagsfraktion geben, solange die Linke nicht in der gesamten Gesellschaft die Mehrheit stellt... Kaum einer der SPD-Parlamentarier, die in der 'Parlamentarischen Linken' mitarbeiten, weiß einen in allen Fragen 'linken' Unterbezirk oder gar einen linken Wahlkreis hinter sich. So kann es doch gar nicht wundern, daß das Verhalten dieser Parlamentarischen Linken von Sachfrage zu Sachfrage unterschiedlich ausfällt."

Weiter führen die Niederrheiner Nachwuchs-Parlamentarier aus, der Vorwurf an einzelne Genossen, sie befänden sich auf dem Weg von links unten nach rechts oben sei "moralisierend", denn "die Ursache für diesen Weg liegt darin, daß es weder gesellschaftlich noch in der Partei die materiellen Voraussetzungen und Bedingungen dafür gibt, einen hakenlosen linken Weg durchzuhalten und gleichzeitig Einfluß auf die wichtigen politischen Entscheidungen zu behalten." Zitat Ende.

Die Sache ist also ganz einfach: die Gesellschaft ist nicht links, die Partei ist nicht links — wie können dann die Parlamentarischen Linken links sein? — Wirklich eine prima Rechtfertigung für alle Lebenslagen! Man gibt den Schwarzen Peter an die Basis zurück.

Haben Jusos und SPD-Linke vielleicht schon einmal etwas davon gehört, daß man durch mutiges Auftreten und konsequentes Argumentieren auch aufklären und überzeugen kann?

Ist ihnen zum Beispiel ein gewisser Karl Liebknecht ein Begriff, der sich nicht bequemerweise damit abgefunden hat, daß die Mehrheit der Bevölkerung (übrigens im Stich gelassen von der gesamten Arbeiterführung) bei Ausbruch des I. Weltkrieges verwirrt und demoralisiert zunächst den Kriegstreibern folgte; der die Parlamentarische Antimilitaristische Aufklärung und Agitation nutzte?

Glauben die SPD-Linken nicht, daß man als Parlamentarier Zusammenhänge erklären, Hintergründe aufdecken und so Bewußtsein schaffen kann? Es ist doch wohl mehr als bequem, sich darauf zu berufen, die Mehrheit sei nun einmal rechts.

Im übrigen trifft diese Behauptung nicht einmal zu, Coppik selbst schreibt, er wisse, daß "an der Basis der SPD eine große Zahl von Mitgliedern die gleichen politischen Zielvorstellungen hat wie ich." Dies gilt für viele Ortsvereine und Unterbezirke der Partei. Die Unzufriedenheit und Unruhe an der Basis wächst deutlich, in Ländern wie Hessen besonders stark.

Versuche der Parteiführung, Abweichter zu disziplinieren, trafen auf massive Proteste der Basis. In der SPD beginnt allmählich der Prozeß der Polarisierung

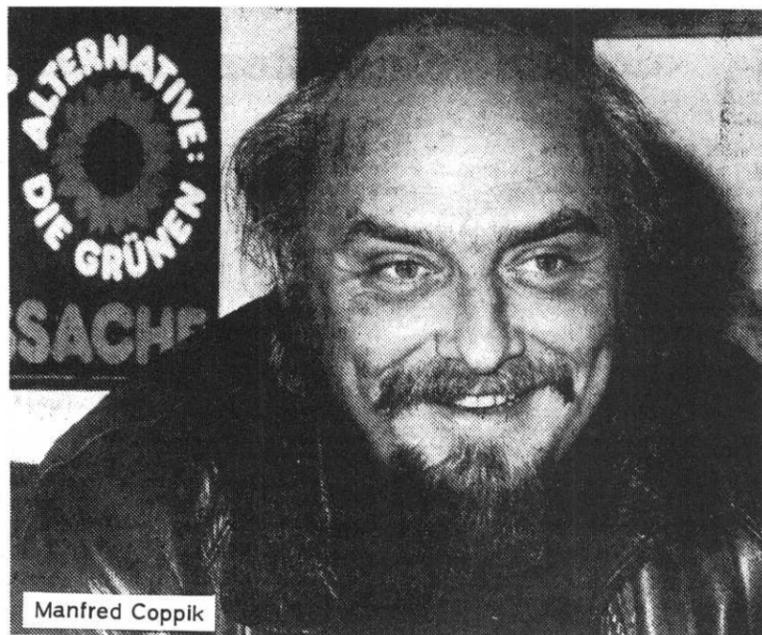
LESERBRIEF:

Bürgerkriegsübungen an der Startbahn West

Gegen die Menschen, die sich dem Startbahn-Bau widersetzen, werden chemische Kampfstoffe eingesetzt, die von der UNO verboten worden sind. Ganz neue Kampfstoffe werden erprobt, die man später sicher auch bei anderen Demonstrationen einsetzen wird. Kommentator des CDU-Stadtrates aus Mörfelden-Walldorf, Will Siegel: "Nachdem ich aus dem Krieg zurückgekehrt bin, hätte ich nicht gedacht, daß ich so etwas noch einmal sehen würde."

Warum fragt man sich passiert das? Denn ganz abgesehen davon, daß die Startbahn unnötig ist, da der Flugverkehr in der BRD rückläufig ist, kann man die Startbahn im Normalfall gar nicht benutzen; sie ist so gelegen, daß man von der 3. Startbahn nur dann starten und landen kann, wenn auf den anderen beiden Pisten kein Flugverkehr herrscht!

Der Frankfurter Flughafen und die benachbarte US-Air-Base sind für den Nachschub der US-Streitkräfte von zentraler Bedeutung. Bereits heute befinden



Manfred Coppik

zwischen "rechts oben" und "links unten".

Nur ist zum Unglück die Parlamentslinke nicht in der Lage, dieses vorhandene Protestpotential zu einem geschlossenen und schlagkräftigen linken Massenflügel der SPD auszubauen! Im Gegenteil. Viele einfache Mitglieder werden obendrein immer wieder durch Karrierestreben und Opportunismus der "Linken" enttäuscht und demoralisiert. (Der Niederrheiner Juso-Vorstand möge einmal Beispiele nenne, wo durch solches Verhalten in wünschenswerter Weise "Einfluß auf die wichtigen politischen Entscheidungen" genommen wurde?)

Auch Coppik und Hansen sind eher Einzelkämpfer und haben den systematischen Aufbau eines linken Flügels nicht angepackt. Aber sie hatten immerhin mehr Rückgrat als alle ehemaligen und absehbaren Juso-Vorsitzenden zusammen...

Ein starkes Rückgrat schützt sie jedoch heute nicht vor politischer Kurzsichtigkeit. Denn es ist sehr kurzsichtig und perspektivlos, zum gegenwärtigen Zeitpunkt eine neue Partei links von der SPD aus dem Boden stampfen zu wollen. So einfach gibt die Masse der Arbeiter eine Partei, für deren Aufbau ihre Väter und Großväter gekämpft haben, nicht auf. Trotz der großen Unzufriedenheit mit der Politik der sozialen Demontage wählen die meisten Arbeiter — mit der Faust in der Tasche! — nach wie vor SPD, wohl wissend, daß eine CDU/CSU-Regierung nach dem Vorbild Reagan/Thatcher einen Frontalangriff auf sämtliche Errungenschaften bedeuten würde.

Vielen Linken scheint heute die Stunde einer neuen USPD gekommen. Doch sehen wir uns die USPD der frühen 20er Jahre an: sie entstand nach dem Verrat der SPD-Führung an allen bis dahin geheiligten Prinzipien, nach der Zustimmung zu den Kriegskrediten; sie wuchs an, als die Situation der Arbeiter und Soldaten gegen Ende des I. Weltkrieges unentwärtlich wurde; sie schwoll an, nachdem viele Arbeiter ihre Erfahrungen mit einem Ebert, einem Scheidemann und vor allem mit einem Noske gemacht hatten (diese drei Herren waren bekanntlich prominente Regierungsmitglieder mit SPD-Parteibuch, die auf Arbeiter schie-

ßen ließen), nachdem Noskes Freikorps die Arbeiterräte blutig auseinandergetrieben hatte; sie radikalisierte sich nach dem Kapp-Putsch.

Dies alles — Krieg, Revolution, Putsch — waren große historische Schocks, in denen sich ein großer Teil der Arbeiterbewegung im äußersten Gegensatz zur SPD-Spitze befand.

Erst nach derart extremen und drastischen Erfahrungen brachen Hunderttausende, zeitweise sogar Millionen Arbeiter mit ihrer traditionellen Partei, um sich der USPD und später der KPD zuzuwenden.

Was sind dagegen Erhöhung der Mehrwertsteuer oder Kürzung des Kindergeldes? Dabei sollen die sozialen Folgen solcher Maßnahmen keineswegs verharmlost werden. Schließlich gehört VORAN zu den Stimmen, die diese Politik schon immer so scharf wie Hansen und Coppik kritisiert und ihr eine radikal-sozialistische Alternative entgegengestellt haben. Und natürlich sind diese Sparmaßnahmen erst der Anfang, natürlich werden weit schmerzhaftere Eingriffe und "Operationen" folgen, wenn die SPD diesen Weg weitergeht.

Doch die Mehrheit der Arbeiter wird sich in absehbarer Zeit nach wie vor an der SPD orientieren, zumal dann, wenn keine in Betrieben und Gewerkschaften verankerte Alternative mit besserem Programm vorhanden ist.

Das Programm der beiden nunmehr "freischwebenden" Linken unterscheidet sich kaum von dem der Jusos und der Grünen. Was rechtfertigt die Annahme, man könne dieses Programm in neuem organisatorischem Gewand besser "an den Mann" bringen???

Bislang ist von der SPD-Linke nie ernsthaft versucht worden, einen starken Flügel um ein einheitliches und konsequentes Programm aufzubauen. Doch genau das ist die unmittelbare Tagesaufgabe...

Solange ihnen nicht einmal dies gelingt, können sie eigentlich nicht wagen, das Erbe einer USPD anzutreten, in der immerhin einmal eine Rosa Luxemburg und ein Karl Liebknecht arbeiteten!

ANGELA BANKERT

der vorhandenen Lande- und Startkapazität einher!

"Deshalb möchten wir unserer Zwillingsschwester, der Friedensbewegung, zurufen: Euer Kampf ist unser Kampf — aber unser Kampf muß auch Euer Kampf werden!" Zitat aus der Rede Alexander Schubarts in Wiesbaden.

Ich rufe alle VORAN-Leser auf: Sendet Solidaritätsschreiben an: AG Volksbegehren, Hamburger Alle 49, 6000 Frankfurt/Main.

Unterstützt die Forderungen der Startbahengegner:

- * Sofortiger Stop der Bau- und Rodungsarbeiten!
 - * Abzug der Baumaschinen vom Gelände der geplanten Startbahn (Baulos 1)
 - * Zulassung des Volksbegehrens!
 - * Wiederaufforstung des abgeholzten Waldstückes!
 - * Schluß mit dem Polizeiterrord gegen die Startbahengegner!
 - * Keine 3. Startbahn für den 3. Weltkrieg!
- BODO SCHULZ, HÜRTH

Modell Deutschland ?

DIE KRISE NAGT AM SOZIALSTAAT

Massenarbeitslosigkeit in den 80er Jahren

Mit rund 2 Millionen Arbeitslosen hat die Bundesrepublik einen Höchststand erreicht wie seit den frühen 50er Jahren nicht mehr. Wir stecken immer noch in der zweiten größeren internationalen Wirtschaftskrise, die uns der Kapitalismus in der jüngeren Nachkriegszeit beschert hat. Als im Winter 74/75 die Arbeitslosigkeit 1 Million und im folgenden Winter 1,5 Millionen erreichte, hat uns das Kapital wie auch die Regierung die Hoffnung gemacht, daß dies nur ein einmaliger "Betriebsunfall" sei.

Viele wissen schon aus eigener Erfahrung, daß uns diese kapitalistische Wirtschaftsordnung kein Recht auf Arbeit mehr bieten kann. Kein auch noch so optimistischer "Experte" kann heute bestreiten, daß Massenarbeitslosigkeit von 2, 3 oder mehr Millionen Menschen in den 80er Jahren ein Hauptproblem bleiben wird.

Das Bruttosozialprodukt ist im ersten Halbjahr 1980 noch um 3,6% (gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum) gestiegen. Im zweiten Halbjahr 1980 waren es noch +0,2%. Dann setzte im ersten Halbjahr 1981 ein Rückgang von -1,3% ein. Im Jahresdurchschnitt 1981 dürfte nach Schätzungen der Rückgang zwischen -1,0% und -1,5% liegen.

Ständig ist auch die Kapazitätsauslastung der Industrie zurückgegangen, die in den "guten Zeiten" bis zu 90% betragen hatte:

1980 März:	85,9%
1980 September:	80,6%
1980 Dezember:	79,9%
1981 März:	79,6%
1981 Juni:	78,7%
1981 September:	78,2%

Gleichzeitig gehen zur Zeit auch die Gesamtinvestitionen erheblich zurück. Wenn man Investitionen als Ausdruck des Vertrauens der Kapitalisten in die Zukunft ihres Systems und ihrer Profite betrachtet, dann sprechen diese Zahlen aus dem letzten Herbstgutachten für sich:

Rückgang der Gesamtinvestitionen:	
1. Halbjahr 1981:	-2,6%
2. Halbjahr 1981:	-5,0%
1. Halbjahr 1982:	-5,5%
2. Halbjahr 1982:	-2,0%

Bei einer Million Arbeitslosen entsteht pro Jahr ein volkswirtschaftlicher Verlust von 40 Milliarden DM:

* 10 Mrd. an Steuerausfall (die Arbeitslosen würden ja Lohn- und Einkommenssteuer bezahlen, wenn sie Arbeit hätten)

* 20 Mrd. an Produktionsausfall (die Güter, die bei produktiven Einsatz dieser Menschen hergestellt werden könnten)

* 10 Mrd. an Arbeitslosengeldern (denn der Staat muß das erzwungene Nichtstun ja noch finanzieren)

So entstehen durch die Massenarbeitslosigkeit unvorstellbare gesamtwirtschaftliche Schäden. Mit diesen Milliarden allein hätten spielend die wichtigsten Sozialreformen finanziert werden können.

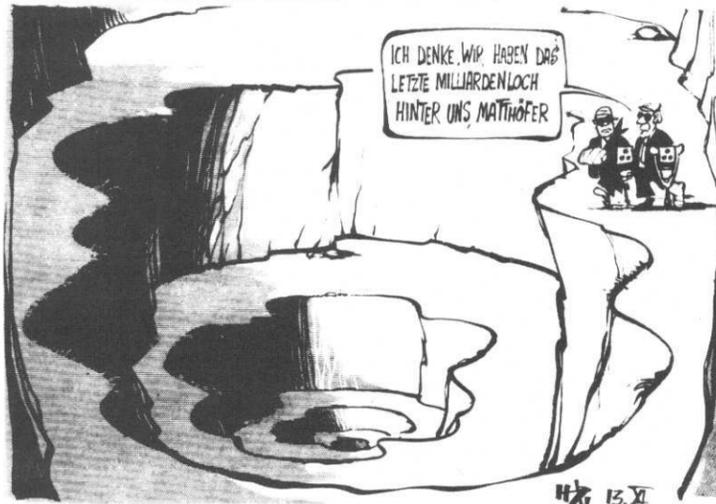
Unsere Genossen in der Bundesregierung stehen dieser Tatsache ohnmächtig und hilflos gegenüber. Nach der 74/75er Krise haben sie auf einen raschen Abbau der Arbeitslosigkeit gehofft und mit staatlichen "Konjunkturprogrammen" in Höhe von 90 Milliarden DM nachzuhelfen versucht. Im Jahresdurchschnitt haben wir in den "Aufschwungs-

jahren" 1976-1979 nie viel weniger als 1 Million Arbeitslose gehabt.

Die Gesamtverschuldung der "Öffentlichen Hand" (Bund, Länder und Gemeinden) ist in den 70er Jahren gewaltig angestiegen:

1960:	53 Mrd. DM
1970:	126 Mrd. DM
1975:	251 Mrd. DM
1976:	290 Mrd. DM
1977:	325 Mrd. DM
1978:	372 Mrd. DM
1982:	500 Mrd. DM ?

sich jetzt die Ausweglosigkeit der bürgerlichen Wirtschaftspolitik. Die Anhänger des "Monetarismus" sehen das Hauptübel in hoher Staatsverschuldung, "zu viel Staat" und "zu hohen Löhnen". Ihr Rezept: Rücksichtslose Ausgabenkürzungen, Drosselung der sich im Umlauf befindenden Geldmenge, Lohnsenkung, bewußte Inkaufnahme hoher Arbeitslosigkeit. Reagan in den USA und Thatcher in Großbritannien sind gegenwärtig dabei, diese Politik durchzuspielen. Sie werden einen Scherbenhaufen hinterlassen.



Die hohe Staatsverschuldung bringt mit sich, daß immer höhere Zinslasten anfallen, ehe der Staat auch nur eine einzige Mark an Schulden wieder abbezahlt hat. Bald wird die jährliche Zinslast im Bundeshaushalt die Neuverschuldung übersteigen!

Bürgerliche Krisenlösung

Die Kapitalisten und ihre Handlanger stehen ratlos vor der tiefen Wirtschaftskrise. In allen kapitalistischen Ländern zeigt

Die Anhänger des "Keynesianismus" vertreten die Meinung, der Staat müsse in der Krise durch gezielte Verschuldung zusätzliche Nachfrage schaffen und so einen neuen Aufschwung herbeiführen. "Lieber 5% Inflation als 5% Arbeitslosigkeit", bekannte Helmut Schmidt vor 10 Jahren, als er noch ein Anhänger dieser

Theorie war. Inzwischen haben wir 6-7% Inflation und 8% Arbeitslosigkeit!

Das Problem bei den "Zaubermitteln" des Keynesianismus wie des Monetarismus liegt vor allem auch darin: Im Gegensatz zur reinen Theorie und zu den Krisen der Vorkriegszeit treten heute hohe Inflation und hohe Arbeitslosigkeit gleichzeitig auf. Der Versuch, eines dieser Übel zu bekämpfen, wird unweigerlich das andere Übel verschlimmern.

Die scharfen Sparmaßnahmen beim Bundeshaushalt zeigen, daß die Bundesregierung vom Keynesianismus abgerückt ist und eher auf einen vorsichtigen Monetarismus setzt.

Nein, Genossen! Das Hauptübel unserer Wirtschaft liegt weder bei zu wenig noch bei zu viel Staatsausgaben.

Die Hauptkrankheit unserer Zeit heißt Kapitalismus. Bedarf nach Wohnungen, nach sozialen Einrichtungen, nach mehr Bildung und Gesundheitsfürsorge, mehr Umweltschutz und Kultur ist genug vorhanden. Menschen ohne Arbeit mit allerlei Berufen und Talenten gibt es auch genug. Und nicht ausgenutzte Maschinen, Werkzeuge und Rohmaterialien hätten wir auch. Warum wird trotz dieser drei Dinge (Bedarf, Arbeitskraft und Produktionsmittel) nicht genug produziert??

Was fehlt, ist eine geplante Wirtschaftsordnung, in der einzig und allein unsere Bedürfnisse zählen und nicht mehr der private Profit.

HANS-GERD ÖFINGER

Fortsetzung von Seite 1
ARBEIT FÜR ALLE!

Wir sollten uns auch keine falschen "Sachzwänge" aufschwätzen lassen. Es ist ganz egal, ob ein Konzern rationalisieren und die Produktion konzentrieren will, ob es sich um eine allgemeine Absatzkrise handelt, ob um Fehlinvestitionen oder einfach um einen unfähigen Chef. Denn im Kapitalismus, und vor allem in seiner Krise, werden immer einzelne Betriebe und Konzerne dem starken Konkurrenzdruck nachgeben müssen und unter die Räder kommen. Der eine früher, der andere später.

Wenn die Unternehmer meinen, daß nicht genug Arbeit für alle da ist, dann müssen wir fordern:

* Aufteilung der vorhandenen Arbeit auf alle! Einführung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich!

Denn es ist nicht einzusehen, daß zwei Millionen von der Arbeit ausgeschlossen sind, während die noch arbeitenden Kollegen einer steigenden Arbeitsbelastung ausgesetzt sind.

Wir werden auch noch oft zu hören bekommen, daß der Betrieb bankrott und nicht mehr konkurrenzfähig sei und daß Entlassungen unumgänglich wä-

ren. Oder sie werden uns sagen, daß es besser sei, einen Teil der Belegschaft zu entlassen, als die Existenz der ganzen Firma aufs Spiel zu setzen.

Darauf können wir nur antworten:

* Legt Eure Geschäftsbücher offen! Laßt die Vertreter der Belegschaft in Eure "Geschäftsgeheimnisse" einblicken!

Wenn es sich dann herausstellen sollte, daß der Betrieb tatsächlich heruntergewirtschaftet wurde, oder wenn der bisherige Besitzer ohnehin kein Interesse an einer Weiterführung mehr hat, dann bleibt uns nur noch eines übrig:

* Übernahme dieses Betriebes durch den Staat! Entschädigung der bisherigen Besitzer nur in Höhe dessen, was sie (wie wir alle) zum Leben brauchen!

* Arbeiterkontrolle im Betrieb, das heißt Kontrolle der Belegschaft über alle Geschäftsvorgänge, über Einstellungen und Entlassungen! Leitung des Betriebes durch einen Ausschuß, dem Vertreter der Belegschaft, der Gewerkschaften und des Staates angehören!

KEINE WAA IN HESSEN!

Am 23.1.1982 fand die erste große, organisierte Demonstration gegen eine hessische Wiederaufarbeitungsanlage (WAA) statt, nachdem sich schon sofort nach Benennung der Standorte Frankenberg und Merenberg am 2.12.81 spontaner Protest formiert hatte.

Daß so unerwartet viele (knapp 10.000!) sich an dieser Demonstration beteiligten, lag wohl nicht zuletzt an dem Versuch der Frankenberger Stadtverwaltung, die Demonstration durch ungewöhnlich harte Auflagen unmöglich zu machen.

Trotz des Schneetreibens waren fast ausschließlich Menschen aus der näheren Umgebung gekommen, abgesehen von Abordnungen aus Merenberg und Gorleben und Gegnern der Startbahn West, die sich solidarisch erklärten.

Unter den "Auswärtigen" kam die stärkste Abordnung wohl aus dem benachbarten nordrhein-westfälischen Hallenberg, das nur ca. 6 km vom geplanten



Standort entfernt ist. Fast der gesamte Hallenberger Stadtrat war da und marschierte unter dem Transparent "Hallenberger Stadtrat - einstimmig gegen WAA" und verwies dabei auf einen offiziellen Beschluß.

Daß der Widerstand in der Re-

gion noch wachsen wird, ist nach der erfolgreichen Demonstration in Frankenberg und all der bisherigen Informationsarbeit klar.

ANNETTE BEHLE, Mitglied im Juso-UB-Vorstand Waldeck-Frankenberg

Wirtschaftliche und politische Krisen auf der ganzen Erde :

DIE WELT IM UMBRUCH

Entscheidende Klassenkämpfe in den 80er Jahren

Was werden die 80er Jahre bringen? Auf jeden Fall heftigste wirtschaftliche Krisen. Das wagen nicht einmal mehr die optimistischsten Anhänger des kapitalistischen Systems zu bezweifeln. Mit der wirtschaftlichen Stabilität des Systems schwindet aber auch die politische. Neue Klassenkämpfe mit revolutionärer Stoßrichtung sind unvermeidlich. Die 80er Jahre könnten das Jahrzehnt sein, das den endgültigen Sieg einer sozialistischen Weltrevolution einleitet, wie sie schon von Marx, Engels, Liebknecht, Luxemburg, Lenin und Trotzki vorhergesehen wurde...

Wechselvolles Jahrhundert

Seit der Jahrhundertwende hat das kapitalistische System eine wechselvolle Geschichte durchlaufen.

Im ersten Jahrzehnt gab es noch eine wirtschaftliche Blüte, die dann allerdings schnell zu Ende ging. Wenige Jahre später brach dann der I. Weltkrieg (1914-1918) aus. Dieser imperialistische Raubkrieg löste eine Welle revolutionärer Bewegungen aus, die ganz Europa überschwemmte und der russischen Oktoberrevolution zum Sieg verhalf. Die Eroberung der Staatsmacht durch die Bolschewiki erschütterte die Welt.

In den 20er Jahren kam es zur größten Weltwirtschaftskrise der Geschichte. In einem Land nach dem anderen spitzte sich der Kampf zwischen Revolution und Konterrevolution zu, ohne daß die Arbeiterklasse irgendwo einen entscheidenden Sieg errang. Die Revolution "im Westen", auf welche die Bolschewiki gerechnet hatten, blieb aus. Dies führte in der Sowjetunion zu einer politischen Konterrevolution: eine bürokratische Funktionärsschicht riß die Staatsmacht an sich, kürte Stalin zum alleinigen Diktator und unterdrückte alle Ansätze zur Arbeiterdemokratie; sie behielt jedoch die wirtschaftlichen Errungenschaften der Revolution - Staatseigentum und Planwirtschaft - bei und entwickelte sie weiter.

In den 30er Jahren besiegte dann die Reaktion entgeltlich die internationale Arbeiterbewegung. Die Siege Hitlers in Deutschland (1933) und Francos (1939) in Spanien führten dazu, daß bald fast ganz Europa mit Konzentrationslagern übersät war.

Der Übergang zu den 40er Jahren war geprägt durch den Beginn des II. Weltkrieges (1939 bis 1945). Auf Herausforderung durch das Nazi-Deutschland wurde es von allen imperialistischen Mächten geführt mit dem Ziel, jeweils das größte Stück bei der Neuverteilung der Welt zu erobern.

Danach kam es in ganz Europa erneut zu revolutionären Krisen: im höher entwickelten Westen konnte sich der Kapitalismus zwar noch einmal stabilisieren - im rückständigen Osten Europa wurde er jedoch ein für alle mal gestürzt. Dort war die sowjetische Rote Armee der entscheidende Machtfaktor. Sie drückte

dem Prozeß der osteuropäischen Revolution ihren Stempel auf und führte zur Errichtung von Staaten nach dem Modell Moskaus. So wurde der Stalinismus auf Weltebene gestärkt, der Imperialismus geschwächt. Dieses weltweit geänderte Kräfteverhältnis trug bei zum Sieg der chinesischen Revolution 1949, welche ihrerseits den Stalinismus weiter stärkte, da Mao Tse-Tung sich an die Sowjetunion anlehnte.

Als der Kapitalismus in Westeuropa für das erste militärisch gesichert und politisch gerettet war, kam es in den 50er und 60er Jahren zu einem steilen Wirtschaftsaufschwung, der alles bisherige in den Schatten stellte. Dieser Aufschwung schärferte das Klassenbewußtsein der Arbeiter ein und verschaffte dem System vorübergehend eine zusätzliche politische Stabilität. Die Herrschenden konnten sich immerhin wichtige Sozialreformen und Zugeständnisse an die Arbeiter leisten. Es schien, als hätte sich die Arbeiterklasse auf ewig mit dem Kapitalismus versöhnt. "Vorbilder" wie die DDR waren auch nicht gerade eine begeisterte Werbung für sozialistische Ideen.

Der Aufschwung ging erst in den 70er Jahren zu Ende. Auch in den bürokratischen Arbeiterstaaten des Ostens, die auf der Grundlage ihrer Planwirtschaften in den 50ern und 60ern eine schnelle Industrialisierung nachholen konnten, kam der Wachstumsprozeß in den 70ern ins Stocken.

Wirtschaftskrisen

Es gibt kein einziges Land mehr auf der Erde, das nicht in großen wirtschaftlichen Schwierigkeiten steckt. Innerhalb weniger Jahre ist eine Massenarbeitslosigkeit wiedergekehrt, die für immer gebannt schien. Die riesige Ausweitung des Weltmarktes, die in den 50er und 60er Jahren stattfand, ist zu Ende. In fast allen Industriezweigen sind die Kapazitäten längst nicht ausgelastet; der Absatz stockt.

Mit anderen Worten: der Kapitalismus hat sich wieder "normalisiert". Der große Aufschwung der 50er und 60er Jahre war eine Ausnahme in der Geschichte. Die 80er Jahre werden es ganz offensichtlich machen, daß der kapitalistische Kreislauf: Krise-Aufschwung-Krise nie wirk-

lich unterbrochen war. Jede neue Krise wird in ihrer Auswirkung tiefer gehen und länger andauern als die vorhergehende; die Massenarbeitslosigkeit wird steigen.

In Großbritannien hat sie die 3-Millionen-Marke (13% der Erwerbstätigen!) bereits überschritten (nach Angaben des Gewerkschaftsbundes TUC liegt die wirkliche Zahl jedoch eher bei 4,5 Millionen!). In den USA gibt es schon mehr als 10 Millionen (10%) Erwerbslose, in Frankreich sind es 2,2 Millionen. In der BRD werden die 2 Millionen auch bald erreicht sein, und bis 1985 wird mit mindestens 3 Millionen gerechnet.

Keine einzige kapitalistische Regierung hat ein Rezept, wie sie die Krise lösen könnte. In keinem Land bleibt der "Sozialstaat" erhalten, überall werden Sozialleistungen demontiert. Die Zeit ist vorbei, in der sozialdemokratischer Reformismus sich noch mit tatsächlichen Reformen rechtfertigen konnte, um zu beweisen, daß der "Weg der kleinen Schritte" zu einer besseren Gesellschaft der einzig mögliche sei.

Jetzt kann wieder jeder sehen, daß der Kapitalismus niemals auf Dauer eine sichere Existenz für alle bieten kann. Nur eine grundlegende, weltweite sozialistische Umgestaltung der Wirtschaft (auf der Basis einer gesellschaftlichen Planung der Produktion) könnte verhindern, daß der Lebensstandard sinkt und daß das Elend der 20er und 30er Jahre wiederkehrt.

Nachkriegsaufschwung

Der wirtschaftliche Nachkriegsaufschwung ließ das wirtschaftliche Elend der Vorkriegszeit fast in Vergessenheit geraten. Verdrängt wurden auch die kämpferischen Traditionen der internationalen Arbeiterbewegung.

Viele Führer der Arbeiterparteien und Gewerkschaften stellten während des Aufschwungs sogar die Behauptung auf, daß das kapitalistische System es "gelernt" hätte Krisen zu vermeiden. Deshalb sei auch der Sozialismus überflüssig geworden; es gelte nur noch, die schlimmsten Auswüchse des Kapitalismus zu beseitigen und das System zu "humanisieren".

So verbreiteten sich viele bürgerliche Ideen in den Massenorganisationen der Arbeiter. Diese schienen damals der Wirklichkeit zu entsprechen. Viele Arbeiter glaubten daran.

So festigte eine konservative Schicht von "staatstragenden" Funktionären ihren vorherrschenden Einfluß in Gewerkschaften und Parteien. Mit Hilfe dieser Organisationen konnte man sogar traumhafte Karrieren machen: bis hinauf zur "Ehre" des Staatspräsidenten.

Diese Karriere-Chancen lockten viele solcher kleinbürgerlicher Aufsteiger, die eigentlich sozialistische Ideen ab-

lehnten, in die Reihen der Arbeiterbewegung. Denn einen hauptamtlichen Posten (z.B. in einer Gewerkschaft) zu bekleiden hieß: sich große materielle Privilegien verschaffen zu können.

Diese Arbeiterbürokratie fühlte sich im Kapitalismus sehr wohl. Das wird sich auch heute und in Zukunft nicht ändern. Sie wird versuchen, ihren Einfluß und ihre Privilegien mit Zähnen und Klauen zu verteidigen, wenn an der Basis Forderungen nach einer radikaleren Politik auftauchen.

Radikalisierung

Und was anders als eine enorme Radikalisierung könnte denn die Reaktion der Arbeiterbewegung auf die Wechselbäder kommender Krisen sein?

Sicher: in den 50er und 60er Jahren sind sozialistische Traditionen weitgehend in Vergessenheit geraten. Faschismus und Weltkrieg haben viele klassenbewußte Arbeiter demoralisiert; in den Konzentrationslagern wurden viele der besten Kämpfer umgebracht. Die Nachkriegsgeneration schien im Wirtschaftswunder den Klassenkampf verlernt zu haben.

War es aber nicht eben diese "Wirtschaftswunder", das die Reihen der Lohnabhängigen enorm stärkte? Millionen Bauern und kleine Selbständige mußten ihre Existenz aufgeben und arbeiten gehen. In fast allen Industriestaaten sind die Gewerkschaften zahlenmäßig stärker als je zuvor. Eine neue Generation von Arbeitern ist herangewachsen, die unbelastet ist von den Niederlagen der Vergangenheit. Die heutige Arbeiterklasse ist stärker und selbstbewußter als je zuvor.

Frühere Generationen von Arbeitern hatten "nichts zu verlieren als ihre Ketten"; deshalb kämpften sie. Der Nachkriegsaufschwung milderte den Klassenkampf ab. Er zeigte, welche Annehmlichkeiten ein gewisser Lebensstandard bieten kann. Die heutige Generation hat etwas zu verlieren: auf Dauer wird sie sich dies nicht wieder wegnehmen lassen.

Millionen Arbeitern wird es dämmern, daß es nicht nur darum geht, bloß "vorübergehend" den Gürtel enger zu schnallen. Sie werden erkennen, daß der Verzicht zu nichts führt. Sie werden Widerstand leisten und kämpfen.

Dritte Welt

Die 50er, 60er und frühen 70er Jahre waren die Schokoladenseite, die der Kapitalismus der arbeitenden Bevölkerung zeigen konnte. Doch der Aufschwung hatte auch seine Kehrseite. Einen anständigen Lebensstandard konnte er nur den Arbeitern (und das nicht mal allen!) in den Industrieländern bieten. Der steile Aufschwung in Westeuropa, Japan und Amerika war nämlich in hohem Maße nur durch die Superausbeutung der "Dritten Welt" möglich. Die meisten Länder Asiens, Afrikas und Lateinamerikas hatten kaum Anteil am "Segen" des Aufschwungs. Für drei Viertel der Menschheit wuchsen gleichzeitig Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung, Hunger und Elend. In der kolonialen Welt sank der Lebensstandard während der 40er, 50er, 60er und 70er Jahre.

Deshalb waren diese Jahrzehnte für die Dritte Welt auch die bisher revolutionärste Periode der Weltgeschichte.

Eine ununterbrochene Kette von Aufständen, Massenbewegungen, Streiks, Unruhen, Revolutionen, Staatsstreichern, Konterrevolutionen, blutiger Unterdrückung und erneutem Aufbegehren der Massen erschütterte die südliche Halbkugel.

In den 80er Jahren wird es bestimmt nicht ruhiger werden. Wenn schon in den Industrienationen heftige Krisen ins Haus stehen, dann wird es in der Dritten Welt zu absoluten wirtschaftlichen Katastrophen kommen. Bereits heute sind diese Länder hoffnungslos verschuldet. Alleine um die Zinsen für die alten Auslandskredite zurückzahlen zu können, müssen sie ständig neue Schulden machen. Ihre Auslandsverschuldung ist von 180 Milliarden US-Dollar (1975) auf über 450 Milliarden (1980) hochgeschneit.

Im Verlauf der Kolonialrevolution wurden bereits in einer Reihe von Ländern Kapitalismus und Großgrundbesitz abgeschafft. In China, Kuba, Syrien, Birma,

Vietnam, Nordkorea, Äthiopien usw. wurden Staaten errichtet, die sich im Grunde nicht von der stalinistischen Sowjetunion unterscheiden: die Diktatur einer Bürokratie, die sich auf eine verstaatlichte und geplante Wirtschaft stützt.

Ereignisse wie kürzlich im Iran, Nicaragua, Ghana usw. lassen erwarten, daß sich in der Dritten Welt in den nächsten 10 Jahren die revolutionären Entwicklungen überschlagen werden.

Industrieländer

Entscheidend für das weitere Schicksal der Dritten Welt wird jedoch die Entwicklung in den fortgeschrittenen Industrieländern sein. Denn in rückständigen und unterentwickelten Ländern alleine läßt sich keine klassenlose Gesellschaft aufbauen. Solange die Revolution auf ein solches Land beschränkt und isoliert bleibt, ist eine bürokratische Entartung die zwangsläufige Folge. Die Voraussetzung für den Sozialismus ist eine hochentwickelte Industrie, wie sie nur in den westlichen Industrieländern (und in einigen Staaten des Ostblocks) besteht.

Wenn es gelingt, den Kapitalismus in seinen Hochburgen zu stürzen und dort eine echte Arbeiterdemokratie auf der Grundlage einer Planwirtschaft aufzubauen, dann ist ein ungeahnter weltweiter gesellschaftlicher Fortschritt möglich: beim heutigen Stand der Produktivkräfte und der wissenschaftlichen Erkenntnisse wäre die 10-Stunden-Arbeitswoche, bei allgemein höherem Lebensstandard, und bei unvergleichlich höherem Kultur- und Bildungsniveau kein schwärmerischer Traum mehr.

In einer Planwirtschaft wären diese Ziele leicht mit einem optimalen Umweltschutz zu verbinden. Diese Aufgabe ist im Kapitalismus niemals zu lösen. Da zählt nur der Profit - und das kann mit zunehmender Umweltverschmutzung sogar zum Untergang der gesamten menschlichen Zivilisation führen, wenn nichts geändert wird.

Stalinismus

Noch viele Arbeiter in Westeuropa, Amerika und Japan, wollen allerdings von sozialistischen Ideen noch nichts wissen; sie denken beim Wort "Sozialismus" an die Ostblockstaaten. Diese "Modelle" haben mit einer klassenlosen Gesellschaft wenig zu tun. Zwar haben sie den Kapitalismus bereits überwunden. Doch dort wird es notwendig sein, die herrschende Bürokratie durch eine politische Revolution zu stürzen, bevor der Übergang zu einer wirklichen Arbeiterdemokratie möglich ist.

Solch eine Revolution ist nicht nur aus politischen, sondern auch aus wirtschaftlichen Gründen bitter nötig: die herrschenden Bürokratien im Ostblock sind immer weniger fähig, eine hochentwickelte Planwirtschaft zu lenken.

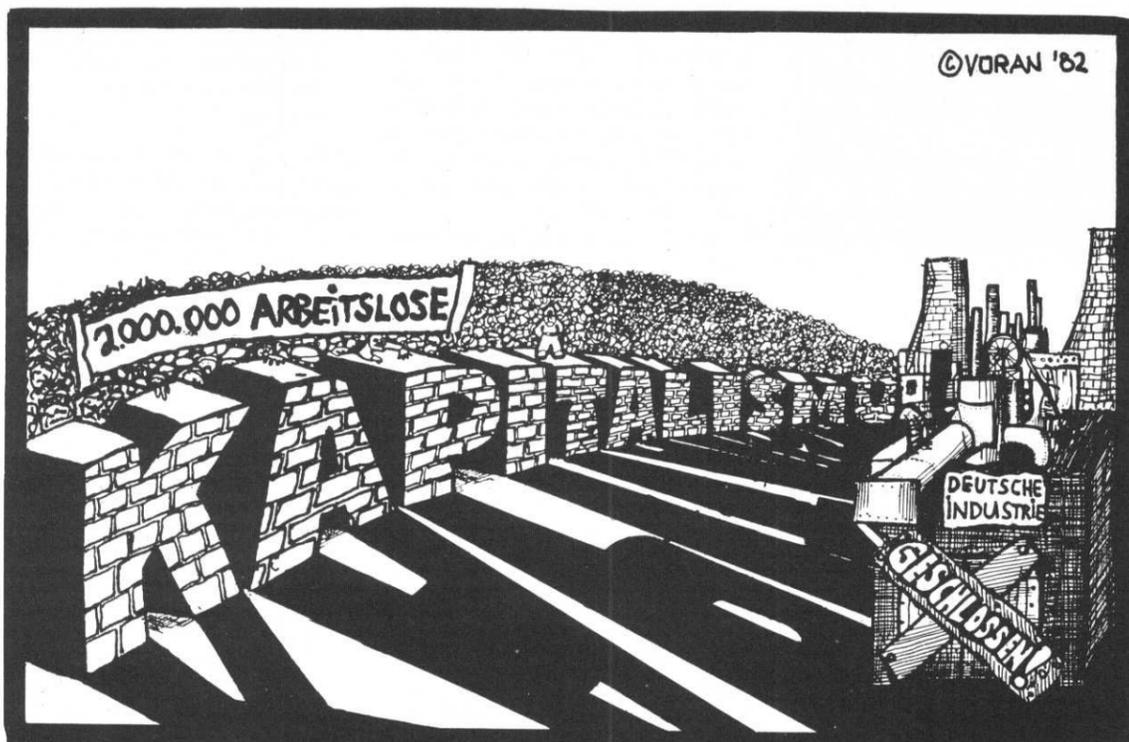
Zwar gab es anfänglich noch sehr große wirtschaftliche Fortschritte. Doch in allen Ostblockländern ist jetzt die "polnische Krankheit" ausgebrochen. Die einzige Kur, die Erfolg bringen kann, ist eine vollständige Arbeiterkontrolle und -verwaltung über die Wirtschaft. Nur bei uneingeschränkter Meinungs- und Kritikfreiheit "von unten", nur mit freien und vom Staat unabhängigen Gewerkschaften und garantiertem Streikrecht läßt es sich vermeiden, daß "oben" laufend Fehlplanungen und Mißwirtschaft betrieben werden.

Eine einzige erfolgreiche politische Revolution in einem Ostblockland wäre für die übrigen stalinistischen Diktaturen und auch für die kapitalistischen Staaten der Anfang vom Ende.

Erste Anfänge

Die Arbeiterklasse in Westeuropa ist dabei, die sozialistischen und kämpferischen Traditionen früherer Generationen wiederzuentdecken. Es ist kein Zufall, daß im letzten Jahr in Frankreich und in Griechenland zum ersten Mal seit Jahrzehnten die Arbeiterparteien wieder Wahlsiege feiern konnten. Und was für Siege!

In Frankreich erreichten Sozialistische und Kommunistische Partei gemeinsam 55% der Stimmen, nachdem Mitterrand im Wahlkampf "eine vollständige sozialisti-





sche Umwandlung der Gesellschaft" versprochen hatte. Nach dem II. Weltkrieg - in einer vorrevolutionären Situation! - als die französische Kapitalistenklasse weitgehend entlarvt war, weil sie mit den Nazi-Besatzungstruppen zusammengearbeitet hatte, erreichten die Arbeiterparteien 51%.

In Griechenland wählten 61% der Wähler PASOK (die Sozialistische Partei) und KP. Dies in einem Land, in dem die Arbeiterklasse nur 40% der Bevölkerung umfaßt!

Nur einmal in der Geschichte überhaupt erreichten Arbeiterparteien bei bürgerlichen Parlamentswahlen ein höheres Stimmenergebnis: 1974/75 in Portugal, als KP und SP gemeinsam zwei Drittel aller Stimmen errangen. Der Unterschied ist: das portugiesische Wahlergebnis entstand mitten in einer Revolution, während Frankreich und Griechenland erst am Anfang einer revolutionären Entwicklung stehen!

Nach Meinungsumfragen wären für die Arbeiterparteien in Spanien und Italien heute ähnliche Wahlergebnisse mit absoluter Parlamentsmehrheit möglich. In beiden Ländern kann es noch dieses Jahr zu Neuwahlen kommen.

Wendepunkt

Die erste internationale Krise nach 1945, die Krise von 74/75 war wirtschaftlich ein Wendepunkt der Nachkriegsgeschichte. Sie markierte das Ende des Nachkriegsaufschwungs. Die zweite Weltwirtschaftskrise von 81/82 dürfte den endgültigen Wendepunkt auf der politischen Ebene einleiten.

Konnte der Kapitalismus in der zweiten Hälfte der 70er Jahre noch von dem Fett zehren, das er in besseren Zeiten angesetzt hatte, so ist dies nun ein für allemal vorbei. Demzufolge schwindet auch seine politische Stabilität.

Nicht zuletzt die Entwicklung in den USA zeigt, wie kein kapitalistisches Land von einer zunehmenden gesellschaftlichen Polarisierung verschont bleibt. Noch vor 18 Monaten befürchteten viele, die Wahl des ehemaligen Hollywood-Schauspielers Ronald Reagan zum US-

-Präsidenten, der ein Freund kerniger Sprüche ist, bedeute einen endgültigen Rechtsruck der amerikanischen Gesellschaft.

Dies ist falsch. Man sollte nicht übersehen, daß Reagan nur die Stimmen von einem Viertel der Wahlberechtigten erhielt (die Hälfte ging erst gar nicht zur Wahl, da nur zwei bürgerliche Parteien, "Demokraten" und "Republikaner" kandidierten, zwischen denen kaum Unterschiede bestehen). Abgesehen davon provozierte der "Rechtsruck" an der Staatsspitze eine Radikalisierung bei den amerikanischen Lohnabhängigen: keine 10 Monate nach seiner Amtsübernahme hat die Politik Reagans die größte Massendemonstration der US-Geschichte mobilisiert. Im September 1981 forderten eine halbe Million Gewerkschaftsmitglieder in Washington seinen Rücktritt.

Nachdem die amerikanische Gewerkschaftsbürokratie seit Jahrzehnten stets die "Demokraten" unterstützt hat, ist jetzt in dem Gewerkschaftsdachverband AFL/CIO in einer Reihe von wichtigen Einzelgewerkschaften eine erstarrende Basisbewegung entstanden. Sie hat sich zum Ziel gesetzt, auf der Grundlage der Gewerkschaften eine Arbeiterpartei zu gründen, damit die Lohnabhängigen endlich auch eine politische Organisation zur Verfügung haben.

Eine solche amerikanische Arbeiterpartei könnte innerhalb weniger Jahre zu einer Kraft werden, die neben den gewerkschaftlichen Organisierten alle Armen, Unterdrückten und farbige Minderheiten um sich schart und stark genug ist, die politische Macht zu erobern.

Führung

Die Entwicklung der Produktivkräfte in den Industrieländern ist überreif für den Übergang zum Sozialismus. Die Arbeiterklasse wäre zahlen- und kräftemäßig stark genug, um ihren Willen in der Gesellschaft durchzusetzen.

Die Geschichte zeigt: letztlich fehlte es nie am Willen oder an der Kampfbereitschaft der Arbeiterklasse, wenn es in entscheidenden Situationen ums Ganze ging. Meistens fehlte aber eine Führung,

die es verstanden hätte, dem unbewußten Streben der Arbeiter einen bewußten Ausdruck zu verleihen, sie für ein sozialistisches Programm zu mobilisieren, und die revolutionären Kämpfe (die immer wieder spontan ausbrachen) zu koordinieren.

Immer wieder hat eine reformistische Führung die Arbeiter gebremst und in blutige Niederlagen geführt.

Im Mai 1968 hielten 11 Millionen französische Arbeiter wochenlang die Betriebe besetzt. Sie wollten Schluß machen mit dem kapitalistischen System. Der Generalstreik war total. Die Staatsmacht war für die Arbeiter zum Greifen nahe. Als dann nach wochenlangem Zögern die Kommunistische Partei (sie war damals noch die größte Arbeiterpartei, die Sozialisten hatten nicht mal 5% der Wählerstimmen) lediglich Neuwahlen zum bürgerlichen Parlament verlangte und die Streikenden aufforderte, "endlich wieder 'RUHE UND ORDNUNG' einkehren zu lassen", verlor die Bewegung wieder im Sande.

Revolutionäre Situationen, wie im Mai 68 in Frankreich oder 1980/81 in Polen werden sich in den nächsten Jahrzehnten in Ost und West wiederholen. Doch ein erfolgreicher Übergang zur sozialistischen Demokratie wird nur mit einer entschlossenen revolutionären Führung möglich sein.

Traditionelle Massenorganisationen

Die Arbeiter werden sich allerdings nicht von Woche zu Woche weiter radikalisieren. Dieser Prozeß wird recht ungleichmäßig vor sich gehen. Die Klassenkämpfe werden Ebben und Fluten durchlaufen.

Es wird zu massenhaften Mobilisierungen kommen und wenig später wieder zu Rückschlägen und Demoralisierung. Manche Sektierer und ungeduldige Sozialisten stellen es sich zu einfach vor. Doch die Arbeiterklasse wird auf keinen Fall von heute auf morgen ihre alten, traditionellen Organi-

sationen im Stich lassen und sich ohne weiteres einer neuen Partei zuwenden.

Die Geschichte zeigt: Immer wieder stellen die Arbeiter ihre traditionellen Organisationen auf die Probe. Sollten sie enttäuscht worden sein, dann versuchen sie zuerst, die alten Organisationen zu verändern. Nur große historische Schocks, nur offensichtlicher Verrat (wie in Kriegen und Revolutionen) können dazu führen, daß die breite Masse der Arbeiter ihren alten Parteien den Rücken kehrt.

Einen solchen Verrat gab es 1914, als die SPD-Führung den Kriegskrediten zustimmte, obwohl sie noch Tage vorher geschworen hatte, im Kriegsfall einen revolutionären Generalstreik auszurufen. Dies schuf eine Situation, in der sich ein Großteil der sozialdemokratischen Massenbasis abspaltete und zur USPD (und später zur KPD) ging.

Niemals in der Geschichte sind neue linke Massenparteien vom Himmel gefallen. Sie sind immer hervorgegangen aus dem linken Flügel der alten Parteien, nachdem sich ganz offensichtlich, in den Augen der Mehrheit gezeigt hatte, daß diese ihren Zweck nicht mehr erfüllten.

Die russische Bolschewistische Partei war die einzige revolutionäre Massenpartei in der Geschichte, die jemals eine erfolgreiche proletarische Revolution angeführt hat. Auch sie ging aus dem linken Flügel der russischen Sozialdemokratie hervor - allerdings erst, nachdem der marxistische Flügel unter der Führung Lenins jahrzehntelang hart und zäh in ihr gearbeitet hatte.

Schließlich sind auch alle Parteien der Kommunistischen Internationale nach dem I. Weltkrieg aus den Parteien der Sozialistischen Internationale hervorgegangen.

Polarisierung

Die kommenden Klasseneinsetzungen werden sich zwangsläufig in den traditionellen Massenorganisationen widerspiegeln: in den Gewerkschaften, in der Sozialdemokratie und dort, wo sie eine Massenbasis haben, auch in den Kommunistischen Parteien. Linke Massenflügel werden sich herausbilden, wenn die breite Basis der Mitglieder nach einer Alternative zur bankrotten Politik der alten rechten Führung sucht.

Das bisher beste Beispiel hierfür ist die dramatische Entwicklung in der britischen Labour Party. Sie war in den 50er Jahren noch eine der rechtsten sozialdemokratischen Parteien Europas; nicht wenige ihrer damaligen Führer standen in enger Verbindung mit dem CIA.

Heute hat sie eine aktive, linke Mitgliedschaft. Die britische Arbeiterklasse hat angefangen, sie von Grund auf umzuwälzen, nachdem sie erfahren hat, daß die Politik der alten rechten Führung nichts mehr taugt. Jetzt haben sich einige der rechtsten Labour-Führer abgespalten, und eine sogenannte "Sozialdemokratische Partei" (SDP) gegründet, weil sie darin die einzige Möglichkeit sehen, ihre Karrieren zu retten.

Eine linke Abspaltung von einer der bestehenden Massenparteien kann gegenwärtig in keinem Land der Welt auf langfristigen Erfolg hoffen. Es würde dem Marsch ins sektiererische Abseits gleichkommen. Denn es reicht nicht, wenn eine kleine Minderheit politisch bewußter Aktivisten ihre Ungeduld nicht mehr bremsen kann, lauthals den Bankrott der Sozialdemokratie erklärt und die Partei verläßt. Vor allem dann nicht, wenn die passiven Anhänger der Partei einen solchen Schritt nicht verstehen und keine Bereitschaft zeigen, ihn nachzuvollziehen.

Aus diesem Grund sind auch verschiedene linke Abspaltungen von der Portugiesischen Sozialistischen Partei (PSP) seit 1975 ohne Massenanhang geblieben.

Obwohl sie jeweils prominente Abgeordnete und Gewerkschafter wie Serra, Cardoso und Rodrigues an ihrer Spitze und einen starken Einfluß auf Parteitage hatten, sind sie hinterher im sektiererischen Abseits gelandet.

Nach wie vor ist die PSP die Massenpartei der portugiesischen Arbeiter: obwohl der Parteiführer Mario Soares der Reaktion seit Jahren direkt in die Hände spielt, hat ihn seine Massenbasis noch nicht verlassen. Die Geduld der portugiesischen Arbeiter ist - wie überall - sehr groß; ihre Loyalität ist noch nicht erschöpft.

Bundesrepublik

Es ist fast schon besiegelt, daß die SPD bei den vier Landtagswahlen 1982 verheerende Niederlagen einstecken muß. Unter diesen Umständen ist auch die Zukunft der sozialliberalen Bundesregierung nicht mehr von langer Dauer. Schnell wird die Parteibasis erleben, daß die rechte, kapitalfreundliche Politik der gegenwärtigen Führung zu Mitglieder- und Wählerschwund führt.

Spätestens nach einem Regierungswechsel werden die einfachen Mitglieder die gegenwärtige Politik radikal in Frage stellen. Sie werden nach einer linken, sozialistischen Alternative suchen. Ein linker Massenflügel wird sich herausbilden. Die innerparteilichen Auseinandersetzungen werden äußerst heftig sein. Ein starker linker Flügel wird die SPD für viele Arbeiter und Jugendliche wieder attraktiv machen. Tausende, Zehntausende werden neu zur SPD stoßen.

Wer die SPD gerade jetzt verläßt, der handelt blind und kopflös und schlägt eine Chance in den Wind, die sich erst in den kommenden Jahren bieten wird: die Chance, innerhalb der SPD eine Massenbasis für ein sozialistisches Programm zu gewinnen. Oder sollen die bewußten Sozialisten die Parteibasis auf Gedeih und Verderb der rechten Führung ausgeliefert lassen?

Aus Erfahrung lernen

Die Arbeiterklasse lernt in erster Linie aus eigener praktischer Erfahrung, nicht aus Büchern. In den kommenden Klassenkämpfen wird sie vieles von dem wiederentdecken, was Tradition ihrer Großväter war. Bei Streiks zur Sicherung des Lebensstandards, bei Fabrikbesetzungen zum Erhalt von Arbeitsplätzen und bei Demonstrationen zur Verteidigung gewerkschaftlicher Rechte wird sie sehr viel dazulernen.

Im kommenden Jahrzehnt wird es riesige gesellschaftliche Explosionen geben. Kein Teil der Welt wird davon verschont bleiben: hochentwickelte kapitalistische Industriestaaten, rückständige Entwicklungsländer oder die Diktaturen des sogenannten "realen Sozialismus".

Zu Beginn dieses Jahrhunderts formulierte Rosa Luxemburg die Alternative: "Sozialismus oder Barbarei!" Als sich der Sozialismus nicht durchsetzte, fiel die Welt (in Form von Weltkrieg und Faschismus) vorübergehend in die Barbarei zurück.

Die heutige Alternative ist brutaler. Sie lautet: "Sozialismus oder Untergang der ganzen Menschheit!" Sollte sich innerhalb der nächsten beiden Jahrzehnte nicht eine weltweite sozialistische Gesellschaft durchsetzen, dann könnten wir sehr schnell vor dem Abgrund stehen: wirtschaftliche Katastrophen, Kriege und Atomkriege, blutige Diktaturen und gigantische Umweltverschmutzungen. Noch haben wir Sozialisten Zeit, dies zu verhindern. Doch die Zeit drängt.

KURT PFEIFLE



Polnische Bürokratie festigt ihre Macht

ARBEITER NIEDERGESCHLAGEN

Westliche Heuchelei über Menschenrechte

STUART GARVIE, KÖLN

16 Monate lang haben bewußte Arbeiter in allen Ländern mit Interesse, Sympathie und Anteilnahme den Kampf der polnischen Arbeiter gegen die herrschende Bürokratie verfolgen können.

In Polen hat in dieser Zeit eine Art gesellschaftlicher Doppelherrschaft bestanden: Die Arbeiter und ihre über zehn Millionen Mitglieder starke Gewerkschaft Solidarnosc beherrschten fast alles, ohne offiziell die Staatsmacht erobert zu haben.

Ein solcher Zustand kann nicht unbegrenzt lange andauern: die eine oder andere Seite muß sich voll und ganz durchsetzen.

Am 13. Dezember haben die stalinistischen Bürokraten das Kriegsrecht ausgerufen und ihre Macht mit brutaler Gewalt wieder gefestigt. In den großen Industriezentren waren die Arbeiter zwar noch Wochen nach dem 13. fest entschlossen, ihre Errungenschaften zu verteidigen und sich in den Betrieben und Bergwerken zu verbarrikadieren. Doch heute herrschen unter der Bevölkerung Angst, Niedergeschlagenheit, Verbitterung, Verzweiflung und Demoralisierung vor.

Politische Forderungen

Daß das "polnische Experiment" vorläufig gescheitert ist, liegt bestimmt nicht an den Arbeitern. Mit ihrer Kraft und Entschlossenheit hätten sie im August 1980 und den folgenden Monaten ohne Blutvergießen die ganze Staatsmacht erobern können. Ihre Forderungen waren von Anfang an nicht nur wirtschaftlich oder gewerkschaftlich, sondern gingen ans Mark: Streikrecht, volle demokratische Rechte, Abschaffung der Privilegien von Miliz und Bürokratie, freie Wahlen, Arbeitermiliz statt stehendem Heer.

Daß es um alles oder nichts ging, war auch der Bürokratie klar. Doch leider sind die Führer der Solidarnosc zu spät und auch nur teilweise zu dieser Schlußfolgerung gekommen.

Gründliche Vorbereitungen

Die Vorbereitungen für den Putsch wurden nicht erst ein paar Tage vorher getroffen, sondern schon seit Monaten. Lebensmittelvorräte wurden angelegt, kleine Kampfgruppen von Militär und Polizei wurden gestellt. Namenslisten von führenden Solidaritätsmitgliedern wurden zusammengestellt, die Reaktion der Medien wurde geplant und geübt. Dies alles scheint das Werk von Jaruzelski zu sein.

Er, der kühle und nüchterne stalinistische Militärbürokrat, ließ noch einmal die Stimmung und Reaktion unter den Arbeitern testen, ehe er zum Schlag ausholte. Generalprobe war Anfang Dezember die gewaltsame Räumung der Warschauer Feuerwehrhochschule.

Als die Basis der Solidarnosc Arbeiterbewaffnung zur Verteidigung gegen solche Übergriffe forderte, mußte die Führung diesem Druck nachgeben. Walesa

setzte den Termin für einen Generalstreik fest - erst für eine Woche später! Aber gleichzeitig ließ er sich wieder auf das Glatt-eis der Verhandlungen (worüber ??) mit der Regierung locken. Dies mußte die Kollegen an der Basis verwirren und enttäuschen. Jaruzelski konnte den endgültigen Schlag wagen.

Im August 1980 warnte der General den damaligen Parteichef Gierek vor einem Einsatz von Militär und Miliz. Er wußte, daß dies zu einer für die Bürokratie tödlichen Explosion geführt hätte. Doch inzwischen war die Stimmung unter den Arbeitern umgeschlagen. Sie hatten eineinhalb Jahre gekämpft wie es kaum jemals in einem anderen Land die Arbeiter fertiggebracht hatten - aber wofür? Von den höheren Löhnen konnten sie sich nicht mehr kaufen. Das ohnehin schon vorhandene Chaos wurde durch Sabotage seitens der Bürokratie weiter vertieft. Die vielen tagtäglichen kleineren und größeren Kämpfe, das stundenlange Schlangestehen vor den Geschäften mußten zwangsläufig zur Ermüdung und Demoralisierung führen. Vor allem dann, wenn die eigene Gewerkschaftsführung keinen Ausweg und keine Perspektive anzubieten hat.

Westliche Heuchelei

Die Reaktion der westlichen Regierungen angesichts der Machtübernahme Jaruzelskis in Polen ist ein einziges Affentheater. Die sozialdemokratischen Parteien in Frankreich und der BRD wurden zwar durch die Entrüstung und Wut ihrer Mitglieder in den Gewerkschaften gezwungen, die Militärdiktatur und die Menschenrechtsverletzungen zu verurteilen. Sie haben aber Angst davor, zu weit zu gehen, weil sie den Druck der Unternehmer spüren, die sich viele Gewinne aus dem Osthandel versprechen. Die westlichen Banken wissen durchaus, daß Jaruzelski die beste Chance dafür bietet, daß sie die umfangreichen Kredite an Polen samt Zinsen überhaupt wiedersehen können. Andere Regierungen schlagen natürlich aus der ganzen Sache bereitwillig antikommunistische Propaganda heraus. Aber ihnen ist doch jede Form von Gewalt Herrschaft recht, solange die Arbeiter nicht selbst die Macht ausüben, die Privilegien der Bürokratie beseitigen und damit zeigen, wie eine sozialistische Demokratie aussehen kann.

Doch Reagan - ein nicht aufgrund seiner brillanten Intelligenz bekannter Politiker - hat einen Kurs eingeschlagen, der vom kapitalistischen Standpunkt aus dem absoluten Wahnsinn gleichkommt. Glaubt er wirklich, daß - vorausgesetzt, die Arbeiter von Solidarnosc würden ihren Kampf um die Demokratie gewinnen - sie die Verfassung der Vereinigten Staaten annehmen... und den Kapitalismus wieder einführen würden? Die weitsichtigeren Vertreter des Kapitals befürchten eher, daß die polnischen Arbeiter

einen demokratischen Arbeiterstaat errichten würden.

Um dies zu verhindern, braucht Jaruzelski vor allem auch verstärkte westliche Hilfe. Und gerade diese Hilfe will ihm Reagan verweigern!

Glauben denn Reagan und die NATO wirklich, die Weltöffentlichkeit würde ihnen abnehmen, wenn sie Tränen über die Menschenrechtsverletzungen in Polen vergießen, gleichzeitig aber die brutalen Militärregimes in Chile, El Salvador und der Türkei unterstützen?



Die zuverlässigeren Stimmen des Kapitals machten ihren Standpunkt gegenüber Polen von Anfang an klar. In der Londoner "Financial Times" vom 19.12.81 begann ein Leitartikel folgendermaßen: "In den letzten zwei Wochen haben wir einige gute und einige schlechte Nachrichten gehabt. Die gute Nachricht ist die Intervention in Polen. Die schlechte sind die Abrüstungsgespräche zwischen der USA und der Sowjetunion in Genf."

Kapitalisten sind immer eiskalte Realisten, wenn ihr Geld auf dem Spiel steht, und in Polen geht es um sehr viel: 27 Milliarden Dollar sind die Gesamtschulden Polens im Westen, davon alleine 18 Milliarden Dollar an Privatbanken. Abgesehen von politischer Heuchelei werden die Banken Jaruzelski nicht im Stich lassen, weil sie ihr Geld wiedersehen wollen.

Unentschlossene Führung

Von Anfang an betrachtete sich ein großer Teil der Führung von Solidarnosc als Gewerkschafter ohne jeglichen politischen Anspruch. Das war ihr grundsätzlicher Fehler! In einem Land, wo der Staat der einzige Arbeitgeber ist, stellt eine unabhängige Gewerkschaft eine Herausforderung an die politische Führung dieses Staates dar und kann nicht "unpolitisch" sein. Solidarnosc hätte nur Aussicht auf Erfolg gehabt, wenn sie sich in eine politische Bewegung umgewandelt hätte, um die Herrschaft der Bürokratie direkt herausfordern zu können. Stattdessen ging die Führung mit Samthandschuhen mit dem stalinistischen Staat um: Auf Geheiß ihrer intellektuel-

len Berater (Kuron und das KOR) sowie der Kirche versuchte die Führung, Streiks abzulassen und Mitglieder zu beruhigen. Walesa bezeichnete sich selbst sogar als "Feuerwehrmann", der den Brand zu löschen versuche. "Wir dürfen die Regierung nicht provozieren", wurde den kämpferischen Kollegen entgegengehalten. Dabei brauchte die Bürokratie gar nicht mehr provoziert zu werden. Sie wartete seit August 1980 auf den geeigneten Zeitpunkt zum Gegenschlag, und fühlte sich durch die schwankende, verun-

sicherte unentschlossene Haltung der Solidarnosc-Führung bestärkt.

Kirche

Wie in allen anderen Ländern, so arrangiert sich auch in Polen die katholische Kirche letzten Endes immer mit den Herrschenden. Vielen Arbeitern wird aufgefallen sein, daß sie in den letzten Monaten versucht hat, die Bewegung zurückzuhalten. Sie sah die kommenden Auseinandersetzungen voraus und beschränkte sich darauf, vor Blutvergießen zu warnen. Seit der Machtübernahme ist die Kirche eine der wichtigsten Stützen Jaruzelskis bei der Verunsicherung der Arbeiterklasse. Dieser ließ ausgerechnet während seiner Gespräche mit Kardinal Glemp den Arbeiteraufstand niederschlagen.

Wie geht es weiter?

Die unmittelbare Zukunft Polens sieht schwarz aus - jetzt schon fühlt sich Jaruzelski stark genug, um massive Preissteigerungen von bis zu 400% durchzusetzen, gleichzeitig aber das Kriegsrecht zu lockern. Der Generalstreik, zu dem einige Solidaritätsführer aus dem Untergrund aufriefen, hat nicht stattgefunden, obwohl die Arbeiter einige heldenhafte, aber isolierte Kämpfe gegen das Regime geführt haben. Ohne nationale Absprache ist es unmöglich, einen totalen Streik gegen das Kriegsrecht zu organisieren.

Vor allem hat auch die Taktik des Widerstandes eine Niederschlagung begünstigt. Anstatt massiv und geschlossen auf die Straße zu gehen, um so die ein-

fachen Soldaten und Polizisten umzustimmen, verbarrikadierten sich viele kämpferische Belegschaften in ihren Betrieben, Werften und Zechen. Jaruzelski konnte sie deshalb mit relativ wenigen Elitetruppen nacheinander niederschlagen und zur Aufgabe zwingen.

Doch mit militärischer Gewalt wird auch Jaruzelski die Probleme nicht lösen können, die die herrschende Schicht in den letzten 35 Jahren nicht lösen konnte. Die katastrophale Lebensmittelversorgung und der Rohstoffmangel können nur in einem demokratischen Arbeiterstaat auf der Grundlage einer Planwirtschaft gelöst werden.

Jeder Gewerkschafter weiß, daß eine Gewerkschaft nicht nur aus ihrem Vorstand besteht. In jedem Betrieb gibt es Dutzende Arbeiterführer, jede Belegschaft hat ihre Sprecher. Deshalb wird es Jaruzelski unmöglich sein, alle Gewerkschaftsführer zu inhaftieren. Selbst sein Versuch, Mitglieder der Solidarnosc unter Druck zu setzen, entweder aus der Gewerkschaft auszutreten oder ihren Arbeitsplatz zu verlieren, wird die Bewegung nicht ausrotten können, sondern sie lediglich in den Untergrund treiben. In den letzten 18 Monaten haben polnische Arbeiter Tag für Tag nebeneinander gekämpft, die Kunst des Kampfes und der gewerkschaftlichen Organisation erlernt und die Gelegenheit gehabt, die besten und erfahrensten Kollegen in jeder Fabrik, Stadt, etc. kennenzulernen und ihre Nachbarn und Kollegen in den Kampf einzubeziehen.

Das wichtigste aber ist, daß die Bürokratie keine Massenbasis in der Bevölkerung und kein so weites Spionagenetz hat, um die Namen aller kritischen Arbeiter und aller Solidarnosc-Organisatoren ermitteln zu können. Deshalb kann sie die Gedanken und Aktivitäten der Massen nicht kontrollieren. Eine neue Schicht von Arbeiterführern wird sich herausbilden, die zwar meistens keine führenden Positionen hatten, die aber von Anfang an die aktivsten und am meisten politisch orientierten Schichten der Solidarnosc stellte.

In den Jahren 1956, 1970 und 1976 lehnten sich die polnischen Arbeiter gegen stalinistische Diktatur auf und gingen in die Offensive für Gerechtigkeit und Demokratie. Jedesmal lernten sie aus den Fehlern, und jedesmal hatten sie mehr Erfolg als beim vorigen Mal. Es kann nur eine Frage von wenigen Jahren sein, bis der nächste Aufstand stattfindet. Denn zu groß ist das politische und wirtschaftliche Chaos Polens und der anderen Ostblockstaaten. Aber das nächste Mal wird es ohne Zweifel einen politischen Kampf um die Staatsmacht geben. Wenn es soweit kommt, dann werden die Tage der Machtelite gezählt sein. Zum ersten Mal in der Geschichte Polens wird ein wirklicher Sozialismus auf der Tagesordnung stehen.

AUSLÄNDERHASS SCHADET ALLEN ARBEITERN

Gemeinsam um bessere Lebensbedingungen kämpfen!

KARIN DOLLMEIER, NÜRNBERG

4,63 Millionen Ausländer leben zur Zeit in der BRD, darunter als größte Volksgruppe 1,4 Millionen Türken.

Die Andersartigkeit der ausländischen Mitbürger wird vor allem dann betont, wenn es darum geht, berechnete Kosten zu Lasten der ausländischen Bevölkerung einzusparen.

Solche Propaganda bezweckt eine Spaltung der ausländischen und deutschen Arbeiter. Dabei wissen die Unternehmer sehr gut, daß die ausländischen Arbeiter wichtig für ihre Wirtschaft sind.

Der IG-Metallbevollmächtigte und Berliner SPD-Abgeordnete Horst Wagner stellte im Dezember 1981 fest: "Es wäre unmöglich, etwa die Bekleidungs- oder Elektroindustrie derzeit ohne Ausländer zu betreiben. In vielen Betrieben liegt bei den Arbeitern der Ausländeranteil über 50%. Diese Betriebe könnten ohne Ausländer dann morgen dicht machen". Viele Arbeitsplätze würden kaum von Deutschen angenommen. Die ausländischen Arbeiter füllten die Lücken, die durch den beruflichen und sozialen Aufstieg der einheimischen Arbeiter entstanden sind.

Abgesehen davon: auch ohne ausländische Arbeiter wäre ein deutscher Arbeiter nicht vor Rationalisierung, Betriebsschließungen oder unmenschlichen Arbeitsbedingungen geschützt.

Die Arbeitslosigkeit entsteht nicht durch die Anwesenheit der ausländischen Arbeiter. Die Arbeitslosigkeit ist ein Produkt der kapitalistischen Wirtschaftsform. Als Beispiel hierfür kann man sich die 30er Jahre angucken. Damals produzierte der Kapitalismus sechs Millionen Arbeitslose. Damals gab es aber keine Gastarbeiter in Deutschland.

Blicken wir einmal zurück. In wessen Interesse wurden die ausländischen "Gäste" eigentlich angeworben? Eine wichtige Grundlage des langanhaltenden Wirtschaftsaufschwungs nach



Unsere ausländischen Kollegen haben oft die schwerste Arbeit und müssen dazu noch die schlimmsten Hetzparolen über sich ergehen lassen.



dem 2. Weltkrieg war das große Heer ausbeutbarer Arbeitskräfte, das durch acht Millionen Flüchtlinge und 2,6 Millionen DDR-Bürger (bis zum Mauerbau 1961) verstärkt wurde.

1955 wurde wieder Vollbeschäftigung erreicht. Jetzt helfen schon 100.000 Gastarbeiter dem deutschen Wirtschaftswunder auf die Beine, 1961 waren es eine halbe Million. Die Arbeitslosenquote betrug lediglich 1,2%, 1966 nur noch 0,5%. Die Bundesregierung schließt Verträge mit anderen Staaten über Anwerbung und

Vermittlung ausländischer Arbeitskräfte.

Siegfried Balke, damals Präsident des Deutschen Arbeitgeberverbandes, stellte 1965 fest: "Für die deutsche Wirtschaft sind ausländische Arbeitskräfte... von enormen Vorteil... Ohne sie wäre die augenblickliche Produktivität um 15-20% geringer."

Im September waren über 10% der in der BRD beschäftigten Arbeiter und Angestellten Ausländer, die Mehrheit kam aus Anwerbeländern. (Für Staatsangehörige der EG-Länder gelten frei-

zügigere Regelungen.) Dies bedeutet, daß sie von "Deutschen Kommissionen" entsprechend den Aufträgen der deutschen Unternehmen angeworben wurden. Die Arbeiter mußten sich einer genauen Untersuchung hinsichtlich Qualifikation und Gesundheitszustand unterwerfen. Bestand der Arbeiter die entsprechenden Tests, bekam er einen einjährigen Arbeitsvertrag mit einer bestimmten Firma und eine daran gekoppelte Aufenthaltsgenehmigung. Die Aufenthaltserlaubnis kann auf bestimmte Tätigkeiten oder einen bestimmten Betrieb beschränkt sein. Der Verlust des Arbeitsplatzes zieht dann die Ausweisung nach sich. Da sich die Wirtschaftslage 1973 verschlechterte, wurde von der Regierung ein Anwerbestopp durchgesetzt. Nur der Familiennachzug und die illegale Einreise waren noch möglich. Daß die Unternehmer Interesse an besonders leicht ausbeutenden Arbeitern haben, zeigt das Netz der illegalen Arbeitsvermittlung.

Durch entsprechende Änderungen der rechtlichen Bestimmungen wurde versucht, die Ausländerzahl den jeweiligen Bedürfnissen der deutschen Wirtschaft anzupassen.

Eine Zeitlang ging diese Rechnung auch auf. Die ausländischen Arbeiter wurden mit den am schlechtesten bezahlten und gesundheitsgefährdeten Arbeiten beschäftigt. Die Unfallhäufigkeit lag bei ihnen 2,5 mal so hoch wie bei den deutschen Arbeitern. Anfangs durchschauten manche ausländischen Kollegen das Akkordsystem nicht oder waren eher für Überstunden zu gewinnen.

Die Erwerbsquote der ausländischen Bevölkerung war jahrelang höher als bei der deutschen (Bsp. Wuppertal 1968: 73,4% gegenüber 48,1% bei der Gesamtbevölkerung). Die ausländischen Kollegen trugen somit überdurchschnittlich zum Steueraufkommen

und zur Finanzierung der Renten-, Kranken- und Arbeitslosenversicherung bei, die sie aber unterdurchschnittlich in Anspruch nahmen.

Mit steigender Arbeitslosigkeit und verstärkten Kürzungen im Sozialbereich spüren alle Arbeitenden die Auswirkungen der Krise. Die Ausländer dafür verantwortlich zu machen, heißt, nicht nach den Ursachen der Krise zu fragen. Dies trifft Menschen, die schon in ihrem Heimatland keine Existenzgrundlage fanden. Aus Abenteuerlust arbeitet die ausländische Bevölkerung bestimmt nicht hier. Die Regierung fürchtet jetzt "soziale und politische Spannungen, die den gesellschaftlichen Frieden in der BRD gefährden würden" (Begründung des Arbeitsministers für die Kabinettsvorlage). Die neuen Empfehlungen der Kabinettsrunde an die Bundesländer bedeuten für viele Menschen Trennung von ihren Familienangehörigen und Ehepartnern.

Der Berliner Innensenator Lummer hat die Abschiebeanweisung für Jugendliche ab 18 Jahren ohne Arbeitsplatz vorläufig aufgeschoben, nachdem 15 000 Berliner gegen seinen Erlaß protestierten.

Wir müssen kämpfen für:

- * Rücknahme der neuen Regelungen
- * Eine Kampagne gegen Ausländerhaß, geführt von SPD und Gewerkschaften
- * Einheit aller Arbeitenden, deutschen wie ausländischen, im Kampf um bessere Lebensbedingungen für alle

In der nächsten Ausgabe werden wir uns mit den "Argumenten" auseinandersetzen, die einem durch die verstärkte Propaganda immer wieder begegnen:

* Ausländer raus * Zugangssperre * "Wirtschaftsasiylanten" * kulturelle Unterwanderung * deutsche Arbeitsplätze den Deutschen * orientalische Mentalität * Überfremdung *

Schlechte Arbeitsbedingungen und miese Bezahlung

AUS DEM ALLTAG EINER VERKÄUFERIN

Einen Artikel über das "Verkäuferinnendasein" zu schreiben, ist nicht ganz einfach - weil man nicht ganz weiß, wo man mit dem Aufzählen der Schwierigkeiten, die dieser Job mit sich bringt, beginnen soll.

Geschäftszeit bei uns ist von 9.00 Uhr bis 18.30 Uhr. Anwesend zu sein hat man schon kurz vorher, und um 18.30 Uhr können wir nicht alles liegenlassen und pfeilgerade zur Stempeluhr laufen, denn oft sind noch Kunden da, die zu Ende bedient werden müssen. Unsere Arbeitsbedingungen sind ziemlich schlecht, und das bei einer Bezahlung, die so um 900 bis 1000 DM liegt (wohlgemerkt bei ganztägigem Aufenthalt im Kaufhaus). Die schlechte künstliche Luft in den Verkaufsräumen greift den Kreislauf an (da fällt auch schon mal ein Kunde um). Sich ständig wiederholende Musik und Durchsagen, die den Kunden zum Kauf anreizen

sollen, gehen einem auf die Nerven, und das Stehen fast rund um die Uhr geht in die Beine - die sehen nach ein paar Jahren entsprechend aus! Das Menschengewimmel - besonders zu Stoßzeiten - erzeugt noch zusätzlichen Streß. Dabei hat man immer nett und adrett auszusehen, stets höflich zu sein, und man muß sich auch mal runterputzen lassen können. Für den Kunden dient die Verkäuferin schon 'mal als Blitzableiter für persönliche Probleme (die kann bzw. darf sich ja nicht wehren - man denke an den Umsatz!). Für den Abteilungsleiter und Erstverkäufer dient sie schon 'mal als Prellbock, um Druck, den man gerade erhalten hat, weiterzugeben.

Außerdem stehen wir nicht nur im Verkauf, wir haben auch unsere Abteilungen sauber zu halten (nur den Fußboden übernimmt eine Reinigungskolonnen), Waren auszuzeichnen, Preise zu kon-

trollieren (alte Preise neuen anzugleichen), jeden Monat den Bestand aufzunehmen und Waren neu einzupacken, die die Kunden aus dem Regal holen und aufreißen. Zu Schlußverkaufszeiten fällt dann noch zusätzliches Aus-sortieren und Umzeichnen alter Waren an.

Unsere Pausen verbringen wir meistens in der Kantine im Haus, in der die gleiche Musik läuft wie im Verkauf. Ein richtiges Ausspannen ist dabei nicht möglich. Auch am Wochenende haben wir selten zwei zusammenhängende Tage frei, die wir mit unserer Familie verbringen könnten. Meist fällt der freie Tag (sogenannter Rolltag) mitten in die Woche - da kann man dann mal so richtig gemütlich einkaufen gehen!

Unterstützt werden wir bei unserer Arbeit von Halbtagskräften. Sie bekommen meist die eintönigste Arbeit - vier Stunden aufräu-

men oder vier Stunden auszeichnen. Daß diese Kolleginnen unsere Kunden nicht so gut bedienen können wie eine unserer Fachkräfte, wird von den Kunden selten verstanden. Meist ist es ein zusätzlicher Grund, um ihre Vorurteile über die "dummen" Verkäuferinnen zu bestätigen.

Übrigens: Viele Warenhäuser gehen jetzt verstärkt dazu über, Lehrlinge auszubilden, und dafür "teure" Fachkräfte zu entlassen - ob sich das wohl auf die billigen SB-Preise auswirken wird???

Und noch 'was: einzelne Verkäuferinnen zu entlassen ist furchtbar einfach - uns gibt es wie Sand am Meer, und schnell findet man Ersatz, der ängstlicher ist und - oftmals nur aus finanziellen Gründen - sich nicht wehrt.

Wäre es nicht an der Zeit, diese Situation zu beenden und allen Kolleginnen - ob als Vollzeitkraft

oder Halbzzeitkraft in den Warenhäusern beschäftigt - den notwendigen Rückhalt der gewerkschaftlichen Organisation zu geben? Dann müßten sie keine Angst mehr davor haben, den Mund aufzumachen, und sie könnten gemeinsam für bessere Arbeitsbedingungen kämpfen. Kollegen in der HBV (zuständige Gewerkschaft für Handel, Banken und Versicherungen) haben in großen Warenhäusern wie Karstadt, Kaufhof etc. Arbeitskämpfe durchgeführt und gezeigt, was erreicht werden kann, wenn die Kollegen zusammenhalten. Aber die Gewerkschaft muß sich auch um die Verkäuferinnen in den "kleineren" SB-Märkten kümmern.

Die Kunden sollen daran denken: Wenn wir Verkäuferinnen eine bessere Bezahlung und angenehmere Arbeitsbedingungen hätten, könnten wir sie auch freundlicher bedienen!

VORAN

Keine Einkommenskürzungen im öffentlichen Dienst!

STREIKRECHT AUCH FÜR BEAMTE!

In der diesjährigen Tarifrunde spielt die Auseinandersetzung zwischen der Gewerkschaft ÖTV und den öffentlichen Arbeitgebern allem Anschein nach eine besondere Rolle. Die Bundesregierung will folgende Sparmaßnahmen durchsetzen:

- Der Bund soll 1% aller Stellen abbauen.
- Weiterhin will die Bundesregierung die Gehälter der Arbeiter, Angestellten und Beamten im öffentlichen Dienst um etwa 1% kürzen.

Bei den Beamten ist dies relativ einfach. Ihre Besoldung ist gesetzlich geregelt - und kann auch gesetzlich abgeändert werden. Genau dies hat der Gesetzgeber mit Wirkung vom 1.1.82 getan: die Gehälter aller Beamten, Richter und Soldaten wurden um einen Betrag gekürzt, der sich errechnet durch Abzug von 1% vom Anfangsgrundgehalt einer Laufbahn und vom niedrigsten Ortszuschlag (für Ledige).

Die Bundesregierung will also auf breiter Front ein 1%iges Lohnopfer im Öffentlichen Dienst durchsetzen. Der Bundesrat will dies sogar nicht nur für 1982, sondern jährlich!

Wenn immer davon die Rede ist, es gehe nur darum, Zulagen und Zuschläge abzubauen, so ist dies irreführend. Die Einkommen im Öffentlichen Dienst setzen sich zusammen aus Grundgehältern plus Zuschlägen. Fürs Grundgehalt alleine würde kaum jemand im Öffentlichen Dienst arbeiten.

Es gibt nicht die n Beamten

Die Maßnahmen von Bundesregierung und Bundesrat können nur als Versuchsballon verstanden werden, um festzustellen, wieviel den Arbeitern, Angestellten und Beamten zuzumuten bzw. wie groß der Widerstand ist. Deshalb muß man diese ersten Versuche

entschlossen abwehren.

In der öffentlichen Diskussion wird immer so getan, als ob es die einheitliche Gruppe der Beamten gäbe, der ein Opfer abverlangt werden könne. Dies trifft jedoch nicht zu. So gibt es u.a. Beamte im Unteren Dienst (z.B. Postboten) und Beamte im Höheren Dienst (z.B. Staatssekretäre). Ebenso wie man unter die Gruppe der "Angestellten" Buchhalter und Topmanager zählen kann. Hier wie dort gehen die Klassengegensätze mitten durch diese sogenannten "Gruppen". Einen Postbeamten trifft die Lohnkürzung mehr als einen Staatssekretär.



Wird der ÖTV-Vorsitzende Kluncker hart bleiben?

Im Zusammenhang mit den angekündigten Streikmaßnahmen im Öffentlichen Dienst ist auch der Status der Beamten wieder mehr in die öffentliche Diskussion gerückt.

Beamte haben - tariflich und arbeitsrechtlich gesehen - eine ziemlich rechtlose Stellung:

- 1.) Beamte erhalten keinen Arbeitsvertrag, in dem Gehalt und Arbeitsbedingungen aus-

gehandelt und festgelegt werden können.

- 2.) Der Beamte erhält eine Ernennungsurkunde, die er entweder annehmen oder ablehnen kann; wird die Ernennung angenommen, so gelten automatisch auch alle gesetzlich festgelegten Bestimmungen für den Beamten.

- 3.) Die Tarifverträge für die Arbeiter und Angestellten im öffentlichen Dienst gelten nicht für die Beamten; für sie gilt überhaupt kein Tarifvertrag, sondern die Gehälter werden vom Gesetzgeber in Bund und Ländern festgelegt.

- 4.) Dementsprechend gelten auch die tariflich ausgehandelten Lohnerhöhungen nicht automatisch für Beamte, sondern es ist gewissermaßen ein "Gnadenakt" des Gesetzgebers, wenn er den Beamten die gleichen Lohnerhöhungen zukommen läßt, wie sie im Tarifbereich ausgehandelt wurden. Er kann sie genauso gut kürzen oder (wie es jetzt vorgesehen ist) um drei Monate hinausschieben.

- 5.) Beamte haben kein Streikrecht.

Für diese Rechtlosigkeit werden die Staatsdiener gewissermaßen dadurch "entschädigt", daß sie nicht kündbar sind - zumindest als Beamte auf Lebenszeit. Hier wäre eigentlich zu fragen, was die Stellung der Beamtenanwärter in der Ausbildung - im sogenannten Vorbereitungsdienst - rechtfertigt: diese sind nämlich Beamte auf Widerruf, d.h. sie können einerseits jederzeit ohne Begründung entlassen werden, unterliegen aber andererseits schon dem Beamtenstatus. Mit anderen Worten: sie haben alle Nachteile, aber nicht den Hauptvorteil des Beamtenverhältnisses. Gerade dieser rechtlich am schwächsten ge-



Auch die Metaller unterstützen den Kampf gegen Einkommenskürzungen im Öffentlichen Dienst.

stellten Gruppe, nämlich den beamteten Auszubildenden, will man am stärksten ans Leder: mit einer Kürzung der Besoldung bis zu 15%. Sicherlich kein Zufall.

Warum liegt dem Staat soviel an der Erhaltung des Berufsbeamtentums? Er will loyale, staatstragende Diener, auf die er sich jederzeit verlassen kann. Die Auseinandersetzungen um die Startbahn West sind nur Vorbote von großen Auseinandersetzungen, die uns im Zeichen sozialer Demontage und Reallohnskürzungen noch zwischen Staat und Arbeiterbewegung bevorstehen.

"Unzuverlässige Elemente", die etwa mit den Zielen von Gewerkschaften oder Bürgerinitiativen sympathisieren, dürfen nicht Beamte auf Lebenszeit werden. Ihnen könnte schließlich Zweifel bei bestimmten Arbeitsanweisungen oder beim Einsatz als Streikbrecher kommen. Deshalb war und ist es auch ein wesentliches Ziel des sogenannten Radikalerlasses, für eine politisch "saubere" Beamenschaft zu sorgen.

Deshalb ist die Forderung nach Abschaffung des Berufsbeamtentums und Schaffung eines einheitlichen Dienstrechts im Öffentlichen Dienst unbedingt zu unterstützen.

Die Beamten müssen sich zusammen mit der ÖTV das Streikrecht erkämpfen, wenn sie nicht in den nächsten Jahren ein zum Stillhalten verdammtes Opfer staatlicher Kürzungspolitik werden wollen. Auch den Arbeitern und Angestellten ist das Streikrecht in der Vergangenheit nicht geschenkt worden. Sie haben es sich unter großen Opfern erkämpft, indem sie sich über bestehendes (Un-)Recht hinweggesetzt haben...

In diesem Kampf muß die ÖTV voll hinter den Beamten stehen

und ihnen jede Rückendeckung geben.

Kampfmaßnahmen nicht nur androhen

Für die kommende Lohnrunde bleibt zu hoffen, daß die Gewerkschaftsspitze die starken Worte ihres Vorsitzenden Kluncker auch in Taten umsetzt. Schon das magere Vorjahresergebnis von 4,3% bedeutete einen Reallohnverlust für die Kollegen.

Einer weiteren Lohnkürzung ist deshalb unter keinen Umständen zuzustimmen. Hier darf und kann es auch keine Kompromisse geben. Es geht darum, den Lebensstandard zu verteidigen. Das bedeutet, daß mindestens die Preissteigerungen und die Verluste der vorigen Runde ausgeglichen werden müssen.

Bei Kampfmaßnahmen muß gewährleistet sein, daß die Basis aktiv in die Vorbereitung einbezogen wird. Wenn die Kollegen in einer Urabstimmung über Kampfmaßnahmen entscheiden, dann müssen ihnen auch eventuelle Verhandlungsergebnisse zur Abstimmung vorgelegt werden, ehe Kampfmaßnahmen abgebrochen werden.

Auch die Einbeziehung der Beamten in solche Maßnahmen darf kein Tabu sein, wenn man es mit der Forderung nach Streikrecht für Beamte ernst meint.

- * Keine Einkommenskürzungen im Öffentlichen Dienst.
- * Verteidigung des Reallohnes.
- * Streikrecht für Beamte.
- * Für ein einheitliches öffentliches Dienstrecht.

Angela Bankert
Beamtin in der ÖTV

Fortsetzung von Seite 1

VIDEOCOLOR ULM

Durch ihren Druck haben es die Kollegen immerhin erreicht, daß alle Streiktage voll bezahlt werden und ein Sozialplan in Höhe von 29,5 Mio. zustande gekommen ist. Doch die Arbeitsplätze werden sie verlieren.

IG-Metall-Betriebsleiter Steinkühler empfahl in der entscheidenden Streikversammlung am 27. Januar den Kollegen, dieses Versammlungsergebnis anzunehmen und den Streik zu beenden. Es bestehe keine ausreichende Abnahmegarantie für Videocolor-Röhren, und deshalb sei es sinnlos, weiterzustreiken.

In der heftigen Diskussion kritisierten viele Kollegen das Verhandlungsergebnis. Als sie dann aber erkannten, daß die eigene Gewerkschaftsführung auf keinen Fall eine Fortsetzung des

Streiks unterstützen würde, stimmten die anwesenden Kollegen bei nur einer Gegenstimme und sechs Enthaltungen für Streikabbruch.

Wir müssen fragen: war es im Rahmen der brutalen kapitalistischen Realität schon vorher absehbar, daß der Konzern das Ulmer Werk dichtmachen würde? Wenn ja, sollte dann die Gewerkschaftsführung den Kampf um die Arbeitsplätze nur unter dem Druck kapitalistischer Sachzwänge führen und letzten Endes davor kapitulieren?

Wir meinen: Wenn schon eine Belegschaft so mutig und entschlossen um ihre Arbeitsplätze kämpft und so viel Unterstützung dabei findet, dann sollte die Gewerkschaft auch klar dazu

stehen, daß dieser Kampf die engen Grenzen der Marktwirtschaft sprengt!

- Für die internationale Zusammenarbeit der betroffenen Gewerkschafter mit dem Ziel, alle Arbeitsplätze zu erhalten und eine Spaltung der Arbeiterklasse zu verhindern!

- Für die Verstaatlichung der betroffenen Firmen und der ganzen Branche unter demokratischer Arbeiterkontrolle mit dem Ziel, die Produktion zu planen und zu koordinieren und den verschwenderischen Aufbau von Überkapazitäten zu verhindern!

Nach einem telefonischen Bericht von Ursula Beck aus Stuttgart

ABONNIERT VORAN

Ich möchte VORAN abonnieren...

und habe 7,- DM auf das Postscheckkonto Hans-Gerd Öfinger, PschA Essen Nr. 170 20-433 überwiesen. (Abopreis für sechs Ausgaben). Lieferung ab Nr. 56 erfolgt nach Zahlungseingang.

Name:

Adresse:

Redaktion "Vorán" 563 Remscheid, Hammesbergerstr. 75